

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungsstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verkehrs-Anschluß Nr. 353.

Volksmacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 126.

Bielefeld, Donnerstag, 3. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Invaliden- und die Hinterbliebenen-Versicherung.

Das Vierte Buch der Reichsversicherungsordnung (§§ 1234 bis 1565) regelt die neu einzuführende Hinterbliebenenversicherung im engsten Zusammenhange mit der Invalidenversicherung. Letztere ist die jüngste der Schöpfungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungsgebarung. Sie war bereits in der Kaiserlichen Volkszeit vom 17. November 1881 angekündigt worden, doch dauerte es noch volle sieben Jahre, bis im November 1888 — dem Reichstage ein betreffender Gesetzentwurf als die „Drucht umfangreicher Vorarbeiten“ vorgelegt wurde. Aus diesem Entwurf ging unter dem Widerstande der Agrarier und ihrer konservativen Genossen, die alle Landarbeiter von dieser Versicherung ausgeschlossen wissen wollten, weil für eine solche Fürsorge auf dem Lande „kein Bedürfnis“ vorliege, das Reichsgesetz vom 22. Juni 1889, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung hervor. Mit nur zwanzig Stimmen Majorität kam es zustande (185 gegen 165). Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil es alles in allem den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nicht entspreche.

Mehrere Umstände bewirkten, daß man sich schon bald mit dem Gedanken einer Revision des Gesetzes vertraut machte. Seine Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit wurde von Anfang an in der Arbeitererschaft empfunden; sie drängte unter Führung der Sozialdemokratie auf Verbesserungen, sowohl hinsichtlich der Ausdehnung der Versicherungspflicht, der Feststellung der Erwerbsunfähigkeit und der Höhe der Renten, als auch hinsichtlich der Altersgrenze und der Wartezeit. Für die Inangriffnahme der Revision bezog ihre Beschleunigung war jedoch hauptsächlich ein agrarisches Interesse bestimmend. Mehrere Versicherungsanstalten, so die für Hinterpommern und Niederbayern, die westlichen Landarbeiter in ihrem Bezirke haben, gerieten in schwere finanzielle Bedrängnis; das vorhandene Vermögen bot keine volle Deckung für den Kapitalwert der Renten; es war eine erheblich größere Zahl Alters- und Hinterbliebenenrenten als im Durchschnitt, während alle anderen Versicherungsanstalten große Ueberdeckung hatten und so erheblich mehr Geld anzusammeln vermochten, als bei Schaffung des Gesetzes vorausgesehen worden war. Die Agrarier drangen deshalb auf einen „Vermögensausgleich“. Im Februar 1897 ging dann dem Reichstage eine Vorlage der verbündeten Regierungen zu, die hauptsächlich darauf gerichtet war, die agrarischen Defizitanstalten zu entlasten und die Renten etwas günstiger zu bemessen. Diese Vorlage fand einen so energischen Widerspruch, daß sie gar nicht erst in die Kommission gelangte. Erst zwei Jahre später, im Januar 1899, wurde dem Reichstage ein neuer Entwurf unterbreitet, auf Grund dessen eine Revision durchgeführt wurde. Das neue Gesetz wurde unter dem Titel „Invalidenversicherungsgesetz“ am 13. Juli 1899 vollzogen; es trat mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.

Bei der Schlussabstimmung hatten auch die Sozialdemokraten sich für dieses Gesetz erklärt. Es brachte, wesentlich infolge ihrer Bemühungen, einige nicht unerhebliche Verbesserungen, so die Kürzung der Wartezeit, die Erhöhung der Renten für mehrere Klassen, die Zahlung einer Invalidenrente nach sechsundzwanzigwöchiger Dauer der Krankheit, die häufigere Anwendung des Heilverfahrens usw. Leider gelang es den Sozialdemokraten nicht, die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden, wie überhaupt eine Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen zu erreichen. Wäre es nach der Absicht des Zentrums gegangen, so würde, entsprechend einem von ihm 1897 eingereichten Antrage, die Versicherungspflicht eine Einschränkung auf die Arbeiter der Großindustrie erfahren haben und der Reichsausschuß abgelehnt worden sein. Es war das der alte Standpunkt des Zentrums. Auch daran sei erinnert, daß im Anfang der neunziger Jahre eine freifinnige Agitation für die Abschaffung der Invalidenversicherung einsetzte, die jedoch sehr bald im Sande verlief.

Das Projekt der Einführung einer Hinterbliebenenversicherung stützt sich bekanntlich vornehmlich auf den § 15 des Invaliditätsgesetzes vom 25. Dezember 1902, wonach die Eheerinnahmen aus einigen Agrarabfällen (Kroggen, Weizen, Schachtelbohnen, Fleich, Speck und Wehl) zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden sind. Diese Feststellung erfolgte nach einem Antrage des Zentrums, das dabei von der Absicht geleitet war, die Arbeiter „auszuheilen“ mit der Ungerechtigkeit und dem Unheil der agrarischen Lebensmittelpolitik, der das Zentrum zum Siege verhalfen hatte.

Es ist unmöglich, auch nur mit einiger Sicherheit anzugeben, wie hoch die Mehreinnahmen sich stellen werden; jedenfalls sind sie sehr schwankender Natur. Im Jahre 1906 haben sich Mehreinnahmen überhaupt nicht ergeben; im Jahre 1907 ist ein Betrag von rund 42 Millionen bereits erzielt worden. Für das Jahr 1908 liegt das Ergebnis noch nicht vor. Der Vorschlag für den Reichshaushalt stellt 53 Millionen Mark vor. In der Begründung der Reichsversicherungsordnung aber wird gesagt, voraussichtlich werde am Jahresabschluß überhaupt nichts zu vereinnahmen sein!

Daß eine Hinterbliebenenversicherung von so schwankenden, mehrfach sogar ganz ausbleibenden Einnahmen nicht abhängig gemacht werden kann, ist klar. Von sozialdemokratischer Seite ist das von vornherein erklärt worden, und auch die Begründung muß es unumwunden eingestehen. Sie erklärt zutreffend, daß eine befriedigende Lösung nur möglich ist durch Gewährung von Rechtsansprüchen auf bestimmte, von vornherein feststehende Leistungen. Der Entwurf will deshalb, worin wir ihm natürlich durchaus beistimmen, die Bezüge der Hinterbliebenen von Schwankungen in den dafür zur Verfügung gestellten Mehreinnahmen aus den Agrarabfällen unabhängig gestalten. Um dies durchzuführen, wird vorgeschlagen, den § 15 des Invaliditätsgesetzes durch gesetzliche Vorschriften zu ersetzen, die ebenso wie bei der Invalidenversicherung einen festen jährlichen Zuschuß des Reiches zu den Hinterbliebenenbezügen vorsehen.

Wie sind die weiteren Mittel zu beschaffen? Die Begründung meint, man könne die Fürsorge für die Hinterbliebenen nicht

lediglich öffentlichen Einrichtungen überlassen; sie würde sonst „aus dem Begriffe der Versicherung herausfallend, einen der Armenpflege verwandten Charakter der Unterstützung annehmen“ und es würde zugleich „die eigene Verantwortunglichkeit des Familienhauptes für die Zukunft seiner Hinterbliebenen geschwächt werden“. Darüber läßt sich nun freilich streiten. Wir würden strengste Verwahrung dagegen einlegen müssen, eine als lediglich öffentliche Einrichtung bestehende Hinterbliebenenfürsorge als „Armenpflege“ zu betrachten. Das entspricht nicht einer gesunden sozialpolitischen Auffassung, da die heute ja leider noch von den maßgebenden Kreisen und Kreisen der Betreffenden der Unterstützung Hilfsbedürftiger unter den übernommenen schlechten Begriff der „Entmündigung“ stellt. Das Wort „Armenpflege“ hat einen bösen begrifflichen Inhalt und einen die Hilfsbedürftigen und das geläuterte menschliche Empfinden verletzenden Klang. Man täte gut, es in der Erörterung von Fragen der sozialpolitischen Reform gar nicht zu gebrauchen. Wir vertreten ganz unbedingt für den Hilfsbedürftigen einen ihm nicht entwürdigenden Rechtsanspruch auf Unterstützung, dem zu genügen Pflicht des Staates und der Gesellschaft ist.

Das ist ein grundsätzlicher Standpunkt, der natürlich nicht ausschließt, daß wir die nach dem Beispiel der Kranken- und der Invalidenversicherung für die Hinterbliebenenfürsorge vorgesehene Heranziehung der Versicherten und der Arbeitgeber zu den Kosten durchaus billigen. Es handelt sich da im Grunde betrachtet ja doch nur um eine bestimmte Form der Aufbringung eines, allerdings des größten Teiles von Mitteln, die dem Charakter der Versicherung als einer öffentlichen Einrichtung nicht den geringsten Eintrag tut. Die Beitragsleistung der Versicherten und der Arbeitgeber ist ein wesentlicher integrierender Teil dieser Einrichtung. Was speziell die Arbeitgeber anlangt, so müssen sie wohl deshalb für die Arbeiterversicherung mitbelastet werden, weil doch vornehmlich in ihrem Interesse die Gesundheit, die Erwerbsfähigkeit, das Leben der Arbeiter aufgewahrt wird.

Die Ermäßigung, ob nicht etwa wegen des voraussichtlichen Sinkens der Armenlasten nach Einführung der Hinterbliebenenversicherung auch die Gemeinden zur Deckung der Kosten herangezogen wären, weist der Entwurf zurück wegen der „überwiegenden praktischen Schwierigkeiten“. Es ist zuzugeben, daß sich ein gerechter und praktisch verwertbarer Maßstab für die anteilige Belastung der einzelnen Gemeinden kaum feststellen lassen würde, zumal es zahlreiche schon jetzt überlastete arme Gemeinden gibt, während andere, die reicher sind, weit weniger Lasten zu tragen haben.

Den Deduktionsplan: Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber und Reichszuschuß, lassen wir also gelten.

Den Umfang der Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen von der Vollendung des sechzehnten Lebensjahres an zieht der Entwurf etwas weiter, als das Invalidenversicherungsgesetz; es wird ausgedehnt auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und auf Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden, ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen. Die Hausgewerbetreibende bleiben leider auch hier wieder von der obligatorischen Versicherung ausgeschlossen. Es bleibt bei der bestehenden Bestimmung im Invalidenversicherungsgesetz (§ 21), wonach der Bundesrat die Versicherungspflicht auf bestimmte Berufsstände, u. a. auch auf Hausgewerbetreibende, allgemein oder in gewissen Bezirken erstrecken kann. Als Hausgewerbetreibende im Sinne des Entwurfs gelten, entsprechend den schon jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihm beschäftigten Personen solche selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden.

Die freiwillige Versicherung (Selbstversicherung) bestimmt Personenziffern kennt das Invalidenversicherungsgesetz (§ 14) schon jetzt. Ebenso die freiwillige Fortsetzung oder Erneuerung der Versicherung von Personen, welche aus einem der Versicherungspflicht begründenden Verhältnisse ausstiegen (Arbeitsverlängerung). Der Entwurf bringt (§§ 1550 bis 1555) als Erweiterung der freiwilligen Zusatzversicherung für versicherungsberechtigte Personen. Es wird dafür eine besondere Aufnahmestelle vorgeschlagen, durch deren Einfinden in die Leistungsliste ein Anspruch auf eine Zusatzrente für den Invaliditätsfall erworben wird. Mit dieser Einrichtung will der Entwurf, wie die Begründung sagt, den Wünschen des Mittelstandes, durch freiwillige Weiterversicherung höhere Renten erwerben zu können, entgegenkommen. Jedem Handwerker usw. soll die Möglichkeit gegeben werden, seinen Rentenanspruch nach Bedarf zu erhöhen. Die Begründung behauptet, es könne das geschehen ohne finanzielle Nachteile für die Versicherungsträger und ohne Mehrbelastung des Reiches; eine finanzielle Gefahr für die Versicherungsträger sei „um deswilligen ausgeschlossen, weil die Höhe der Rente um so geringer ausfällt, als die Invalidität früher eintritt“. Diese Behauptung muß doch recht gründlich auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden. Wir zweifeln die Richtigkeit um so mehr an, als die versicherungsberechtigte Person zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken eintreiben kann. Der Entwurf sieht keine Grenze dafür vor.

Diese Erweiterung stellt eine Bevorzugung der freiwillig Versicherten gegenüber den Versicherungspflichtigen, die an das Lohnklassensystem gebunden sind, dar. Es wird ein Stück Mittelstandspolitik in die Invalidenversicherung hineingetragen. Wenn das, was die Begründung für die freiwillige Zusatzversicherung geltend macht, daß eine finanzielle Gefährdung der Versicherungsträger und eine Mehrbelastung des Reiches sich daraus nicht ergibt, richtig ist, weshalb gewährt man sie dann nicht auch den Versicherungspflichtigen? Letzteren bringt der Entwurf weder eine Erleichterung des Rentenbezuges noch eine Erhöhung der Renten. Es bleibt in diesem Punkte alles beim alten. Die bestehenden fünf Lohnklassen werden beibehalten; der Entwurf lehnt die von vielen Seiten geforderte Einführung neuer Lohnklassen ab; die gesetzliche Wartezeit erfährt keine Kürzung, nach wie vor sollen bei der Invalidenrente 500 und bei der Altersrente 1200 Beitragswochen und das vollendete sechzigste Lebensjahr für den Rentenbezug maßgebend sein. Die hauptsächlich von den Sozialdemokraten energig vertretene Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze für

den Bezug der Altersrente von 70 auf 60 oder doch wenigstens auf 65 Jahre lehnt der Entwurf mit der Bemerkung ab, daß bei dieser Forderung von einer „Unterförmung der Bedeutung der Altersrente“ ausgegangen werde. Allerdings treten die Altersrenten wesentlich hinter den Invalidenrenten zurück. Am 1. Januar 1909 betrug die Zahl der laufenden Invalidenrenten 888 086 und die der Altersrenten 108 637. Die Begründung des Entwurfs macht nun geltend, daß die bei der Fälligkeit der Berufsstatistik von 1907 vorgenommene Zahlung der Personen, für die Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet wurden, ergeben hat, daß die Zahl der Erwerbsfähigen der Altersklasse 60 bis 69 Jahre 495 828 beträgt. Um diese Zahl würde sich natürlich bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre die Zahl der Altersrentenempfänger erhöhen, was nach der Berechnung des Entwurfs eine Mehrbelastung von rund 80 Millionen Mark jährlich ergeben würde, wovon über 55 Millionen auf die Versicherungsträger und nahezu 25 Millionen auf das Reich entfallen. Die Herabsetzung der Altersrente auf 65 Jahre würde eine Mehrbelastung von 28½ Millionen bringen. Unförmig Gerächens wird durch diese Berechnung die Berechtigung der Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze nicht erschüttert. Lohnarbeiter, die bis zum 60. Jahre unter Sorgen, Leid und Einbußen aller Art sich abmühen gezwungen waren, haben die Altersrente wahrlich reichlich verdient. Die Ausübung der Erwerbsfähigkeit im Alter von 60 bis 70 Jahren ist bei Lohnarbeitern doch in der Regel nichts anderes, als die durch den Zwang der Not bewirkte Aufopferung des letzten Restes von Arbeitskraft. Da dürfte in einem Gesetz, das der „sozialen Fürsorge“ dienen soll, eine jährliche Mehrausgabe von 80 bzw. 28 Millionen keine große Rolle spielen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Konferenzen im Reichshaus. Der Schatzsekretär Seydow hat Interessenten aus allen Teilen des Deutschen Reiches zu Besprechungen über die neuen Steuervorschläge eingeladen. Die erste dieser Besprechungen findet am Donnerstag statt und zwar handelt es sich dabei um die Parfümeriesteuer. Im Laufe dieser Woche dürfte die Konferenz abgeschlossen sein und es steht dann vielleicht eine offizielle Erklärung des Reichsschatzsekretärs zu den neuen Steuervorschlägen zu erwarten.

Steuer auf Geheimmittel. Um einem dringend gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, werden dem Reichstage demnächst eine Anzahl neuer Steuervorschläge gehen; vor allen Dingen wird empfohlen, eine Steuer auf Geheimmittel einzuführen. Schon im Jahre 1899 konnte man feststellen, daß sich der Umsatz an Geheimmitteln im Deutschen Reich auf 130 Millionen belief. Um der Schwierigkeit, den flüchtigen Begriff „Geheimmittel“ fest zu umgrenzen, wird empfohlen, eine Vandalenrolle für Patentmedizine und Spezialitäten, die gepackt und gebrauchsfertig in den Handel kommen, einzuführen.

Der Fatalismus an der Arbeit. Die wilde Hege der Fatalisten ist nicht nur gegen Polen gerichtet, sondern auch gegen solche Deutsche, die den Mut haben, sich der brutalen Unterdrückungspolitik gegen die Polen zu widersetzen. In dem Städtchen Gumpin (Polen) hat es der dortige Bürgermeister Ahmann mit den Fatalisten verstanden, weil er sich erlaubte, alle Bürger gleich zu behandeln ohne Rücksicht darauf, ob es Deutsche oder Polen waren. Ahmann übertrug öffentliche Arbeiten auch an Polen, wenn sie billigere Offerten einreichten. Deswegen war der Bürgermeister den Fatalisten ein Dorn im Auge; denn den Profit der Antipolen-Politik wollen sie ja einheimen. Sie denunzierten alsbald den Bürgermeister bei der Regierung und diese entsandte einen Regierungssachverständigen Hoffmann, der dem Bürgermeister anheimstellte, die städtischen Arbeiten nur an Deutsche zu vergeben, selbst wenn sie teurer wären als die der Polen. Gegen eine derartige Einmischung in die Selbstverwaltung der Stadt verwahrte sich der Bürgermeister ganz energisch, wodurch er natürlich höheren Orts noch mißliebiger wurde. Im Geheimen strengte man gegen ihn einen Prozeß wegen Unterschlagung an, um ihn auf diese Weise unschädlich zu machen. Der Prozeß dauerte zwei Jahre und hat jetzt sein Ende vor der Strafkammer in Lissa erreicht. Der beschuldigte Bürgermeister hat sich von allen Beschuldigungen, die die Fatalisten gegen ihn erhoben haben, völlig rein gewaschen. Selbst der Staatsanwalt mußte seine Freisprechung beantragen.

Echt preussisch. Einen unerhörten Eingriff in die Gewerbefreiheit bedeutet die Verfügung der Regierungsbehörde in Oppeln, worin dem Musik- und Gesangslehrer Leon Boniedt in Kattowitz untersagt wird, Unterricht an jugendliche Personen im Alter bis zu 21 Jahren zu erteilen. Uebertretungsfälle werden mit 3000 Mark Geldstrafe bedroht. Man lese und staune; Kgl. Regierung.

Abf. für Kirchen- u. Schulwesen. Oppeln, den 12. Mai. 1909. Es ist festgestellt worden, daß Sie an mehreren Orten des ober-schlesischen Industriebezirks jugendliche Personen Musik- und Gesangsunterricht erteilt haben, ohne die hierzu erforderliche behördliche Genehmigung zu besitzen.

Wir unterlagen Ihnen die Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen im Alter bis zu 21 Jahren und drohen Ihnen für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 3000 Mark an, an deren Stelle im Nichtertrittsfalle für je 12 Mark 1 Tag Haft tritt. g. z. Michell.

Die württembergische Regierung und die Erbschaftsteuer. Die württembergische Regierung hat die am Mittwoch, 2. Juni, in Heilbronn erfolgte Eröffnung des evangelisch-sozialen Kongresses dazu benutzt, um erneut eine Erklärung für die Erbschaftsteuer abzugeben. Minister v. Bischoff begrüßt namens der Regierung den Kongreß und führte in seiner Ansprache aus: Obwohl Steuerfragen nicht auf der Tagesordnung ständen, glaube er, doch betonen zu müssen, daß man auch die brennendste Frage der inneren Politik des Deutschen Reiches, die Finanz-

Insertionspreis
für die einseitige Beizeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabott.

Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volksmacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Wage, nicht unter Außerachtlassung sozialer Gesichtspunkte lösen könne. Auf diesem Standpunkte habe die württembergische Regierung seit jeher gestanden, und sie sei deshalb stets für eine Nachschuß- und Erbschaftsteuer auch unter Veranlassung der direkten Deszendenden eintreten, nicht nur weil ihr Ertrag eine finanzielle Notwendigkeit sei, sondern vor allem aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit.

Diese Erklärung wurde von dem sehr stark besuchten Kongresse mit großem Beifall aufgenommen.

Dr. Mugdan kein Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Während des letzten Wahlkampfes in Alzey-Bingen wurde von dem früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Beder in mehreren Versammlungen behauptet, daß auch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan früher Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewesen sei. Als diese Behauptung von den Freisinnigen angezweifelt wurde, hielt sie Dr. Beder ausdrücklich unter dem Hinweis darauf aufrecht, daß ein Mann wie er doch über den Reichsverband genau orientiert sei und in der Öffentlichkeit etwas Falsches über Herrn Dr. Mugdan zu behaupten nicht wagen würde, zumal er mit ihm persönlich gut bekannt sei und mehrere Jahre mit ihm im Reichstage gesessen habe. Im übrigen würde auch eine direkte Anfrage an Herrn Dr. Mugdan die Richtigkeit seiner (Dr. Beder's) Behauptungen bestätigen. Die „Heftige Liberale Wochenschrift“ teilt nun ein Schreiben des Abg. Dr. Mugdan mit, worin dieser versichert, daß er niemals Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen ist.

Herr Beder wird nicht umhin können, seine angeblichen Behauptungen vorzulegen.

Bülows Bemühungen.

Bülow macht verzweifelte Anstrengungen, um den Karren der Finanzreform flott zu machen. Zunächst versucht er sich die Liberalen unbedingt zu sichern und ihren etwaigen Widerstand gegen seine Pläne zu brechen. Der Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ erhält von einer „der deutschen Regierung nahestehenden Persönlichkeit“, wie aus Wien telegraphiert wird, folgende Mitteilungen:

Der Reichskanzler, der in der halbamtlichen Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wiederum den festen Entschluß verkündet hat, an der Erbschaftsteuer festzuhalten, würde es nach wie vor für außerordentlich beklagenswert halten, wenn die Finanzreform ohne oder gar gegen die liberalen Parteien zustande käme. Ganz abgesehen von den für seine Person etwa daraus zu ziehenden Konsequenzen würde als unmittelbare Folge solchen Vorgehens die Ausschaltung des Liberalismus aus der Gesetzgebung für absehbare Zeit sich ergeben. Die Zustände in Bayern und Baden sollten aber alle besonnenen Liberalen von der Politik der automatischen Isolierung und Rechthaberei zurückhalten, die seit mehr als einem Menschenalter den Liberalismus in Deutschland von Niederlage zu Niederlage geführt und seinen politischen Einfluß vorübergehend nahezu ausgeschaltet hatten. Insbesondere hätten die Nationalliberalen zur Genüge die Erfahrung gemacht, daß die Abhängigkeit von den radikaleren Richtungen allemal ihre Reihen stark geschwächt und ihre Aktionskraft wesentlich herabgemindert habe. Die Regierung werde nicht zulassen, daß durch törichte Gesetze Handel und Industrie gefährdet oder gar ruiniert würden, und sie glaube hierbei auf intensive Mitarbeit der Liberalen rechnen zu dürfen. Sofern die Liberalen bereit seien, 380 Millionen im Wege der indirekten Steuern aufzubringen, würden auch die Konservativen die Regierung bei der Erbschaftsteuer nicht im Stich lassen, zumal sich diese Partei der Schwäche ihrer Position wohl bewußt sei. Die Finanzreform müsse und werde verabschiedet werden, weil davon Deutschlands Zukunft abhängt. Gesetze dies in einer für Handel und Gewerbe schädlichen Form, so würden diejenigen vor dem Lande und der Geschichte Schuld tragen, die sich in der Schicksalsstunde von der Mitarbeit zurückgezogen und den verkehrsfreundlichen Parteien die Bahn freigemacht haben.

Der „Sannoversche Courier“ schreibt dazu:

Die Echtheit und Offiziosität dieser Verlautbarung unterliegt keinem Zweifel: Cognosco stilum cancellarii. So einwandfrei aber die äußere Verbürgtheit, so einwandvoll die innere Logik. Was mir den Pelz, mach ihn aber beileibe nicht naß; erlöse uns vom Uebel, greife aber dabei das Uebel beileibe nicht an. Man erklärt daher den konservativ-liberalen Steuerblock für verkehrsfreundlich, schilt aber gleichzeitig auf die Liberalen, daß sie mit diesem verkehrsfreundlichen Block nichts zu schaffen haben wollen. Man warnt sie vor „Isolierung und Rechthaberei“ — warum? Weil sie mit dem Warner einer Ansicht sind. Wenn der Anti-verkehrsblock Handel und Wandel schädigt, dann sind die Schuld, die ihn — bekämpft haben! Schärfer hat sich die völlige Direktionslosigkeit des heutigen Kurzes noch nie bloßgestellt. Das System Bülow geht an sich selber zugrunde. Die Sucht, jeden durch ein paar angenehme Worte zu gewinnen, läuft schließlich dahin aus, jeden durch ein paar unangenehme Worte zu verärgern, und wer sich auf zwei Stühle setzen will, der findet sich am letzten Ende zwischen den beiden Sitzgelegenheiten am Erdboden wieder.

Das klingt ja nicht gerade höflich. Immerhin dürften die Schwierigkeiten, die von Seiten der Liberalen einer Finanzreform im Sinne Bülow's gemacht werden, zu überwinden sein. Wenn auch die Liberalen nicht für jede der in jüngster Zeit vorgeschlagenen Steuern zu haben sind, so sind sie doch prinzipiell bereit, einen hübschen Posten indirekter Steuern zu bewilligen. Da werden sie über Höhe und Art der Steuern mit Bülow schon handelskeinig werden. Die Liberalen werden trotz sein, wenn es ihnen ermöglicht wird, weiter Regierungspartei zu bleiben, ohne daß sie sich allzu sehr prostituierten müssen. Viel weniger aussichtsreich scheinen uns Bülow's Bemühungen zu sein, auch mit der konservativen Fronte fertig zu werden. Er macht nun einen Versuch, auch die Konservativen einzuschüchtern.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet seinem Blatte, daß er aus zuverlässiger parlamentarischer Quelle erfahre, Fürst Bülow bereite eine energische Aktion vor, um den Widerstand der Konservativen gegen die Finanzreform zu brechen. Der Fürst werde diese seine Aktion demnächst in einer Rede im Reichstage andeuten und wenn die Konservativen keine Umkehr halten, dann werde er gegen sie einen energischen Feldzug einleiten. Die Konservativen werden die Absichten des Fürsten an gewissen administrativen Maßnahmen zuerst erkennen.

Wir glauben nicht, daß ihm das etwas nützen wird. Die Konservativen haben gar keinen Grund, sich einschüchtern zu lassen. Einmal ist es sehr fraglich, ob Bülow diese „energische Aktion“, wenn er sie überhaupt durchführen will, gegen den Willen des von den Junkern beherrschten Verwaltungsapparats fertig bringt. Und dann, warum sollen sich unsere Junker vor „administrativen Maßnahmen der Regierung“ fürchten. Man hat ja schon einmal begonnen, mit „administrativen Maßnahmen“ gegen sie vorzugehen: bei der Kanalvorlage. Und das Ende vom Liede war damals, daß die gemäßigten konservativen Landräte die Treppe hinaufgefallen sind.

Steuer-Proteste.

Die unverantwortlich leichtfertige Puscharbeit der konservativ-liberalen Steuerkommissionsmehrheit hat eine lebhafteste Protestbewegung der Interessenten ausgelöst. Am Mittwoch waren in Berlin Vertreter der Handelskammern aus etwa 20 der größten deutschen Städte versammelt; außerdem waren so ziemlich alle Größen der Berliner Finanzwelt anwesend. Die preussische Regierung hatte den Unterstaatssekretär Dr. Richter und den Geheimrat Dr. Göppert zu den Verhandlungen entsandt. Der Vorsitzende, Generalkonsul Franz von Mendelssohn, wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß man sich in Vorfällen der Hoffnung hingeben dürfe, in ruhiger Arbeit die Schäden heilen zu können, die eine verkehrte Börsenregulation der deutschen Volkswirtschaft zugefügt hat. Diese Hoffnung hat getäuscht. Wenn die Beschlüsse der Finanzkommission Gesetz werden sollten, dann sei zu befürchten, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches lahmgelegt werde. Der Protest gelte in erster Linie der Kotierungssteuer, von der in gleicher Weise Handel und Industrie getroffen würden. — Geheimrat Kommerzienrat Wilhelm Kopecky erstattete sodann das Referat über die Kotierungssteuer, die er als völlig unannehmbar bezeichnete.

Am gleichen Tage trat in Berlin eine Versammlung der deutschen Parfümeriefabrikanten zusammen, die sich mit der von der Kommission angenommenen Besteuerung der Erzeugnisse dieser Industrie befaßte. Es wurde behauptet, daß durch den niedrigen Zoll auf solche Artikel, sobald die Steuer eingeführt werde, Deutschland mit ausländischen Erzeugnissen überschwemmt würde. Es sei auch nicht richtig, daß die ersten Parfümeriefabrikanten mit der Steuer einverstanden seien; sie hätten vielmehr im Gegenteil den wirtschaftlichen Ruin genau so zu erwarten, als wie die kleinen Fabrikanten und die Händler. Um den Protest und den Kampf gegen diese Steuer wirksamer zu gestalten, wurde beschlossen, mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, mit den Handelskammern, den kaufmännischen Vereinen, sowie auch mit Apothekern, Drogerien und Friseurien in Verbindung zu treten.

Der Bund deutscher Verkehrsvereine hat auf seiner Hauptversammlung in Jena die völlige Beseitigung der Fahrkartensteuer gefordert. Eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse einzuführen, wurde als unsozial verworfen und dabei weiter bemerkt, daß durch diese Steuer die Abwanderung in niedrigere Wagenklassen nicht verhindert würde.

Worauf es ankommt.

In der bürgerlichen Presse streitet man sich wieder einmal darüber herum, ob das Privileg des Adels auf die Offiziersstellen berechtigt ist oder nicht. Daß die Offiziersstellen der besitzenden Klasse vorbehalten sein müssen, findet ja auch das Bürgerium selbstverständlich!

Dem Adel ist nun im „Tag“ ein Parteigänger in einem bürgerlichen Generalmajor erschienen, für den es eine ausgemachte Sache zu sein scheint, daß ein Junker stets der qualifiziertere Bewerber ist. Ob dabei der Herr Generalmajor von sich auf die anderen bürgerlichen Bewerber schließt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jamos ist aber eine Entschuldigungs, die der Herr Generalmajor für das Adelsprivileg vorzubringen hat. Er schreibt nämlich:

„Ja, es kommt alles in die Wagische, nicht nur das Können.“ Das ist in anderen Berufen ebenso. Ich bewar mich einst für einen jungen Mann zur höheren Postkarriere. Erhe ich ihn zur persönlichen Vorstellung kommen ließ, ging ich mit dem Abiturientenzeugnis zum Oberpostdirektor. In diesem stand kein anderes Prädikat als „sehr gut“. Der Gedanke, daß ich einen Korb bekommen könnte, lag mir ganz fern; alle Fragen konnte ich zugunsten des jungen Aspiranten lösen — bis auf die letzte: „Ist er denn auch hübsch, groß, ein eleganter Herr?“ Dies mußte ich verneinen; er hatte nur das Infanteriemäß, und ein schöner Mann war es nicht. Von dem Moment an wurde kurz getreten und ein betriebsames Aufheben verübt, daß ich mich höflich, aber mit dem Bemerkten empfahl, ich hätte nicht gewußt, daß auch bei der Post das Gardemaße erforderlich sei.“

Jetzt weiß man doch, worauf es bei dem höheren Postdienst ankommt. Daß für höhere Verwaltungsposten die frühere Zugehörigkeit zu einem feudalen Korps fast unerlässlich ist, war allerdings bekannt!

Eine herbe Beurteilung der deutschen Handelspolitik

enthält der soeben zur Ausgabe gelangte Jahresbericht der Handelskammer zu Erfurt für das Jahr 1903. Es heißt darin nach statistischen Ausführungen allgemeiner Natur über Deutschlands Außenhandel:

„Es ist ja zweifellos, daß eine ganze Anzahl Branchen durch die neuen Zollverhältnisse des Auslandes Absatzgebiete verloren haben. (Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten aus dem amerikanischen Konsulatsbezirk Erfurt betrug im Berichtsjahre nur 3 598 862 Mark gegen 5 924 203 Mark im Vorjahre.) Darüber bringt auch dieser Bericht wieder Material. Man hört oft die Frage aufwerfen, ob die deutsche Regierung immer die ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um die Interessen des deutschen Handels dem Auslande gegenüber wahrzunehmen. Diese Frage wird nicht überall bejaht. Während Pressenachrichten zufolge die englische Regierung mit Erfolg gegen gewisse Zollhöhen des gegenwärtig zur Verhandlung stehenden neuen französischen Zolltarifs vorgeht, so wird von einem derartigen Vorgehen deutscherseits, obwohl der Regierung Material, auch aus unserem Bezirke, unterbreitet worden ist, nichts bekannt geworden. Ausser dem französischen, wird gegenwärtig auch der amerikanische Zolltarif einer Revision unterzogen, und es ist zu befürchten, daß der neue Tarif eine Erhöhung der Ausfuhr nach Nordamerika bringen wird. Die Bemühungen unserer Regierung sollten wenigstens darauf gerichtet sein, daß das vielbesagte amerikanische Zollverfahren eine Besserung zugunsten der deutschen Exporteure erfährt. Eine Verständigung mit Kanada ist immer noch nicht erreicht worden, der Zollkrieg dauert fort. Diese Verhältnisse werden die Hoffnung auf eine baldige Behebung des Auslandsverkehrs nicht gerade stärken können.“

An einer anderen Stelle des Berichts wird über die Preisverwertungspolitik des Kohlenhandels geredet und infolgedessen verlangt, daß die Kohlentarife der Staatsbahnen und die Kohlenpreise der fiskalischen Gruben mehr als bisher zugunsten der kohlenverbrauchenden Industrie gestaltet werden.“

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

• Viefelsfeld, 3. Juni.

— Eine Wanderung der arbeitenden Jugend findet Sonntag nach dem Hermannsdenkmal statt. Der Weg geht über die Bergeshöhen zunächst nach Derlinghausen. Von dort dann über Stapellage, Lohsborn auf die Grotenburg. Wahrscheinlich findet dann noch eine Besichtigung Deimolds statt. Die Rückfahrt kostet 65 Pf. und erfolgt so frühzeitig, daß die Jugend um 10 Uhr abends hier wieder eintrifft. Selbstverständlich können

sich Genossinnen und Genossen dieser Wanderung anschließen. Vorbedingung für jeden Teilnehmer ist, daß er gut marschieren kann und sich reichlich mit Proviant versieht. Der Abmarsch erfolgt präzis Sonntag, morgens 5 Uhr, von der Kreisparade.

— **Holzarbeiterverband.** Die Eintrittskarten für unser diesjähriges Stiftungsfest gelangen in der Vertretungsmannschaft am Freitag, abends 6 1/2 Uhr, zur Ausgabe. Namentlich muß mit dem Vertrieb der Karten für die Festvorstellung sofort begonnen werden.

— **Craß Deinhardt,** dessen Tod wir gestern aus Berlin meldeten, wird auf seinen Wunsch im Krematorium in Hamburg verbrannt. Die Einäscherung findet bereits heute statt. Mit Rücksicht auf Deinhards Verdienste um den Holzarbeiterverband, namentlich als Redakteur des Verbandsorgans, hat die hiesige Verwaltung des Holzarbeiterverbandes eine Kranzspende beschlossen. Der Bevollmächtigte der hiesigen Holzstelle, der zufällig in Hamburg weilte, hat einen Lorbeerzweig mit der Widmung: „Dem treuen Kämpfer“ den dortigen Freunden Deinhards überreicht.

Mögen die Kollegen im Sinne des Verstorbenen weiter kämpfen und das begonnene Werk vollenden helfen.

— **Der Maurermeister Zwele. Siefert** hat die vom Verband geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt. Die Sperre ist deshalb aufgehoben.

— **Monatsbericht des Arbeitersekretariats.** Im Mai 1909 wurde das Arbeitersekretariat von 559 Personen in Anspruch genommen, davon waren männlich 481 u. weiblich 78 Personen. Auskünfte wurden 573 erteilt, davon mündlich 558 und schriftlich 15. Von den Auskunftsuchenden wohnten in Altenburg 1, Altenhagen 1, Arndt bei Werther 2, Annaberg 1, Badum 1, Berlin 1, Viefelsfeld 363, Bodorf bei Halle 1, W. 2, Borgolshausen 1, Bradowe 27, Brake 1, L. 1, Brake 1, W. 2, Burgstufurt 2, Deimold 1, Dornberg 1, Enger 1, Gadderbaum 5, Gellershagen 10, Gütersloh 8, Halle 1, W. 1, Hameln 1, Heepen 12, Hegensdorf (Kr. Bielefeld) 1, Herford 1, Hiltel b. Osnabrück 2, Lammershagen 1, Lübassen 1, Mansfeld 1, Neubredum 1, Neuenkirchen b. Melle 1, Nörtnberg 1, Derlinghausen 1, Quelle 2, Rheine 2, Rothenhagen b. Werther 1, Schildesche 38, Senne 2, Sennelager 2, Siefert 29, Spenge 2, Steinhagen 1, Stieghorst 9, Sudbrad 9, Theesen 1, Ubbelissen 1, Ummeln 1, Verl 1, Viefelsdorf 2.

Gewerkschaftlich organisiert waren 227 Personen, gewerkschaftlich und politisch organisiert waren 197 Personen, nur politisch organisiert waren 9 Personen und 126 Personen gehörten keiner Organisation an. Auf die einzelnen Gewerkschaften verteilen sich die organisierten Besucher wie folgt: Bäcker und Konditoren 11, Bauhilfsarbeiter 19, Bildhauer 1, Böttcher 1, Brauereiarbeiter 4, Buchbinder 8, Buchdrucker 1, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 4, Gemeindebetriebsarbeiter 2, Handlungsgehilfen 1, Holzarbeiter 43, Lagerhalter 1, Maler 6, Maurer 25, Metallarbeiter 232, Sattler 8, Schmiede 9, Schneider 8, Schuhmacher 8, Seelente 1, Steinarbeiter 2, Steinseher 1, Stukkateure 2, Tabakarbeiter 5, Textilarbeiter 12, Transportarbeiter 9, Xylographen 1, Zigarrenfortierer 1, Zimmerer 3.

Politisch organisiert waren Bäcker und Konditoren 11, Bauhilfsarbeiter 5, Böttcher 1, Brauereiarbeiter 3, Buchbinder 4, Handlungsgehilfen 1, Holzarbeiter 26, Lagerhalter 1, Maler 2, Maurer 20, Metallarbeiter 102, Sattler 1, Schmiede 1, Schuhmacher 1, Steinseher 1, Stukkateure 2, Tabakarbeiter 5, Textilarbeiter 4, Transportarbeiter 3, Zigarrenfortierer 1, Zimmerer 2.

Die erteilten Auskünfte betrafen: Unfallversicherung 45, Krankenversicherung 20, Invalidenversicherung 22, Kündigung und Lohnforderung 41, Zerstörungssachen 10, Gefährdungsverhältnisse 5, Arbeiterrecht 5, Zeugnisse und Legitimationspapiere 8, sonstiges aus dem Arbeits- und Dienstvertrag 3, Sachenrecht 35, Familienrecht 40, Erbschaftsachen 19, Mietrecht 30, Schabenerlaß und Haftpflicht 4, Pfändung 19, Zivilprozeduren 48, sonstiges aus dem bürgerlichen Recht 7, Steuerfragen 111, Staatsangehörigkeit, Bürgerrecht 4, Armenangelegenheiten 4, Fürsorgeerziehung 3, Schul- und Kirchenfachen 7, Militärachen 1, sonstiges von Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 8, Strafsachen 52, Vereins- und Versammlungsrecht 2, Arbeiterbewegung 5, Privatversicherung 8, Handels- und Gewerbeachen 4, Diveries 3.

Schriftsätze wurden 114 in folgenden Sachen angefertigt: Arbeiterversicherung 19, Arbeits- und Dienstvertrag 12, bürgerliches Recht 24, Strafrecht 8, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 45, sonstige Sachen 6.

Der Sekretär: Albert Schulz.

— **Die Viefelsfelder Aktiengesellschaft für Mechanische Weberei,** welche seit zwei Jahren in Spenge einen Zillabetrieb unterhält, beabsichtigt, wie der „General-Anzeiger“ meldet, die dortige Fabrik um das Doppelte zu vergrößern. Die Vorarbeiten sind bereits in Angriff genommen.

— **Viefelsfelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute findet die erste Wiederholung der am 2. Pfingstfeiertage mit großem Beifallserfolge aufgeführten Fosse „Rote Weiber“ statt. Morgen, Freitag, geht das reizende Kostüm-Lustspiel „Comteffe Guderl“ neu einstudiert zum erstenmal in Szene.

— **Das gesamte städtische Orchester** veranstaltet am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, das 13. Abonnementkonzert der Schützengesellschaft auf dem Johannisberg. Vorverkaufskarten haben nur für Mitglieder Gültigkeit.

— **Standesamt der Stadt Viefelsfeld.** Im Monat Mai d. J. wurden 175 (164) Geburten und 74 (69) Sterbefälle einschl. 1 (5) Totgeburten angezeigt. Geburten wurden 75 (97) geschlossen und Aufgebotsanträge 35 (49) gestellt. Von den Lebendgeborenen waren 91 (87) männlichen und 84 (77) weiblichen, und von den Verstorbenen 36 (41) männlichen und 38 (28) weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen fanden 9 (12) Personen im ersten Lebensjahr, 7 (10) zwischen ein und fünf, 5 (8) zwischen fünf und zwanzig, 8 (11) zwischen zwanzig und vierzig, 19 (3) zwischen vierzig und sechzig Jahren. Ein Alter hierüber hinaus wurde von 28 (15) Personen erreicht. — Die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf Mai des Vorjahres.

— **Polizeibericht.** Ein Schwindler, junger Bursche im Alter von ca. 16 Jahren, erschien am Pfingstsonntag in einem Geschäft an der Oberstraße unter dem Vorwande, einen Matrosen-Mädchenanzug für einen Schmiedemeister in der Gütersloherstraße holen zu sollen. Auf sein Ansuchen wurde ihm noch ein zweiter Anzug zur Ausbesserung mitgegeben. Die angegebene Adresse des Empfängers traf nicht zu. Der Schwindler trug einen Marktfarb und war etwa 1,55 Meter groß, von schmächtlicher Figur und trug Arbeitsanzug. Die erwiderten Anzüge bestanden aus Haltenröcken und Bluse mit Matrosenträger. Einer davon war weiß- und blaugestreift, der andere war beige- und weiß- und blaugestreift.

Gefunden: 1 grauer Umhang, 1 goldener Trauring mit Inschrift.

Verloren: 1 kleines Damenportemonnaie mit etwa 20 bis 25 Mk. Inhalt, 1 goldene Damenuhr, 1 kleines schwarzes Portemonnaie mit einem Zwanzig-Markstück, 1 weiße Spitzenmütze.

Entlaufen: 1 grauschwarzer Wolfspitz.

— **Beichte** Nikolai-Friedrich beerdigte Stabsheerführer Johannes-Friedrich, das D. K.-K. oder dem G. ist kein bloßer bereit eine d. dann durch d. Die macht d. Gesellschaft d. Louis, Baltim. Käle wird im

Viefelsfeld. „hale“ träger. — **Ziviln** bei H. **Bradowe.** 4. Juni. **Siefert.** So. **Jun.** „Alto“ **Bante** (Belm) 4. Juni. **Nöde.**

Dem „Ra“ Blatte auffäll. fast alle Tag. sich aus. Die soweit er den verbandstil für Verleumdungen heuren Spä. berger“ fertig. lich“ anzufich. M-Mitarbeiter sinnigen gegen. 30 auf 40 Pr. nele Mommie der Wirtschaft. Raab nicht de. Böhme von d. so gar für die „Rabensberger“ einem anderen berger“ selbst schafflichen Be. stimmt. So. queme wird e. welche die Jesu. Wir erfuchen „Rabensberger“ sehen. An der. „Zur Abkaffie. das andere Mi. ratur der B. „Rabensberger“ „Dhne sich zu. „Dhne sich zu. Dem „Rabensl. geordnete Ra. zeitung“ schide. er gegen die. Raab verwafr. semiten nenne. nung. So wi. den andern in. Der „Rabers. zu Taten kam. Er soll sich an. das Zentrum. spielt, ist Rös. trum spielt, kan. blidlich ist Sch. Bemerken n. Kernpunkt unse. Rinden und. Vereinnung se. gegen jede Erh. Reichstage Biele. gen übergeht.

* **Siefert, 2.** 22 Geburten (1 schließlich einer und 9 Geschlechts

* **Herford,** die Arbeit de pot und Von der Orga war mit obige. welcher am 1. Augenbild weig. zeichnen. Es wu. die Angelegenhe. Erfolg. Herr sich die Sache n. nicht einlassen f. das selbst. Er d. die roten die im Herbst woll. Aber auch die d. den Verhandlung. sie ein Proletari. nacht“ und freu. schaft ihrer Lage. ihre Arbeiter w. Arbeiter, Kauler. derartige Schme. wir, die Organi. renz vorgehen. morgen verließen. ohne einen letzte. dem sie Herrn L. er den Vertrag. mehr auf Verh. Darauf erst ber. sich der dort bes. portarbeiterverbo. nach dem Arbeit.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Wiesbaden.

Extra-Verkauf von Damen-Putz

Unser gesamtes Lager in **garnierten Damen-Hüten**
darunter die elegantesten Modelle im sonstigen Preise von Mk. 7.50 bis 25.00
ohne Rücksicht auf den uns entstehenden Verlust jetzt zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
250	500	700	1000

Ein Posten **blauweisse Kinder-Schulhüte**
grosse aufgeschlagene, garnierte Formen
sonst 1.35 jetzt **55**

Ein Posten **weisse Kinder-Schulhüte**
grosse aufgeschlagene, garnierte Formen
sonst 1.35—2.25 jetzt **1.25**

Unser gesamtes Lager in **Hutformen**
darunter die letzten Neuheiten im sonstigen Preise von Mk. 1.25 bis 8.00

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
25	55	95	175

Ein Posten **breite Seiden-Bänder** zurückgesetzte Farben
Ser. I 10 Meter Ser. II 25 Meter Ser. III 45 Meter

Ein Posten **weisse Kinderhäubchen** teils etwas angeschmutzt
sonst 95 bis 3.75 Serie I 25 Serie II 55

Ein Posten **Hutblumen, Ranken u. Piqués**
Serie I 25 Serie II 50 Serie III 100

Unser Extra-Verkauf von Waschestoffen bietet Ihnen grosse Vorteile.

S. Alsberg & Co.

3110

Sozialdemokratischer Verein
für den Wahlkreis Bielefeld-Bielebrück. 3109

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Schildesche. Sonnabend, den 5. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Lüdicke. Tagesordnung: 1. Der Strafvollzug und die Forderungen der Sozialdemokratie. Referent: Genosse Bufe. 2. Gemeindeangelegenheiten.

Ortsgruppe Sieker. Sonnabend, den 5. Juni 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Meier. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Sachs über „Alkoholfrage und Arbeiterklasse“.

Ortsgruppe Stieghorst. Sonnabend, den 5. Juni, abends 9 Uhr, bei Klemme. Zahlung.

Ortsgruppe Quelle. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung im Lokal.

Ortsgruppe Uerentrup. Sonnabend, den 5. Juni, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.

Frauen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“.



Seid einig, einig, einig

im Gebrauch von Weissensteifenpulver „Goldperle“. — Es liegt jedem Paket ein reizendes praktisches Geschenk bei.

Fabrikant:

Carl Gentner, Göttingen.

Tagebuch einer Verlorenen.

Von einer Toten.

Uebersetzt und herausgegeben von Margarete Böhme.

— Illustrierte Ausgabe. —

In 20 vierzehntägig erscheinenden Heften zu je 20 Pfennig.

Bestellungen werden bis zum 15. Juni in der Buchhandlung „Volkswacht“ entgegen genommen.

Total-Ausverkauf

mit

20 % Rabatt.

Nur noch ganz kurze Zeit wegen Aufgabe des

Schuhwarenhauses

„Moro“

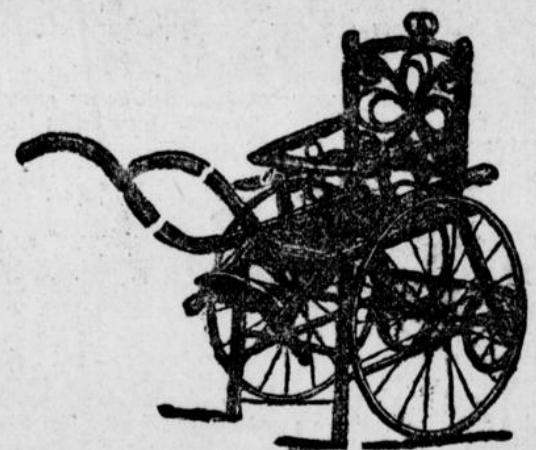
neben Gebr. Kaufmann

Niedernstrasse 15

neben Gebr. Kaufmann.

3111

Der Vorrat in Sportwagen



soll ausverkauft werden.

Die Preise sind bekannt

billigst.

3120

Leitzmann
Niedernstrasse 34.

Scherms Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.

Preis Mk. 1,50.

Porto 10 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“, Schulstr. 20.

Nr. 12

Neunte Arbeiter

Die Debatte
streckt sich auf
Härte eröffnet.
Bayern mit zu
Kollegen sind n
und da kommt e
tion oder Unter
Verwaltung kon
dortigen Verhöl
lichen Lohnverh
Kollegen kleine
zahl werden m
oft haben die K
einen Wochenlo
ständen kann n
Medner verlang
wehtampf einer
zogen sind, die
Almanach hebt
Schulung der
Lehrer der Part
tische Schulung
Verbandsleben
warnt davor, si
reihen zu lassen
mal duden, da
konjunktur schla
ganze Anzahl d
den Streiks, die
erfahren haben.
etwas vorsichtige
brücken, da leht
verhältnisse sehr
dessen Dämpfung
teilen zwischen
Girbig solle stet
Maßnahmen als
nen Verbandsan
Malfeier, Zwisch
wird dem Vor
größere Beachtu
lichen Zuständen
daß der Vorstan
statutarischen V
nierung versag
bringend notwen
für Rheinla
Gauleiter angest
Es sprechen
mit wenigen Aus
scharf kritisieren
stattgefundenen
machen können.
einige Mitteilun
„Alexanderhütte“
greifen und Ver
legenheit habe de
Briefe gebraucht.
ten Fälle ein um
Tatsachen entspre
Die Kommissi
stellen verweigert
Generalversammlung
nicht nach dem C

Ver

25
Ich mußte j
felberg befriedigt
hatte. Bei solch
Geschäft sei nun e
habe, müsse man
Wenn sein B
einlösen könne, w
Schraube ohne C
Möglichkeit rech
Dann wird d
Ihren den Verlu
wieder gemittlich
was Trolle als
Dieser mußte
ließ er es sich sch
Gewähr dafür, d
ein gutes Aussto
würde.
Früh hatte ba
sein mußte. Er i
zeit, daß seine B
schen er wirklich
näheres darüber
Laura auf, die o
zuden konnte. Z
lassen und die A
das Pärchen erst
Schwindel n
zweimal die S
fieliet hatte, befür
sch auf sie betrie
Eingenommenheit
mehr den Mut h
buhler aufzunehm
Nun verfuhr
aber hand ihn an
Dann über zum B
der Spitze“, und
den, „von wegen
sichsweite auf der

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 126.

Bielefeld, Donnerstag, 3. Juni 1909.

20. Jahrg.

Neunte Generalversammlung der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Kr. Hannover, 1. Juni.

2. und 3. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erstreckt sich auf zwei Tage, dieselbe wird von Dirscherl. führt eröffnet. Er protestiert gegen die Behauptung, daß Bayern mit zu hohen Verwaltungskosten arbeite. Die dortigen Kollegen sind meistens unbewandert in der Geschäftsführung, und da kommt es sehr zu vor, daß Ausgaben, die unter Agitation oder Unterführungen gebucht sein müßten, auf Konto der Verwaltung kommen, wodurch dann eine schiefe Auffassung der dortigen Verhältnisse entstehe. Die dort herrschenden erbärmlichen Lohnverhältnisse bringen es weiter mit sich, daß den Kollegen kleine Entschädigungen für ihre Verbandsarbeiten gezahlt werden müssen. Die Lohnverhältnisse sind traurig und oft haben die Kollegen bei 16- bis 18stündiger Arbeitszeit nur einen Wochenlohn von 6 bis 8 Mark. Unter solchen Umständen kann nicht nur aus Idealismus gearbeitet werden. Redner verlangt, daß den 26 Kollegen, die durch einen Abwehrkampf einer anderen Organisation in Mitleidenschaft gezogen sind, die Streikunterstützung gewährt wird. — Krebs. Vimenau hebt hervor, daß weit mehr Wert auf die politische Schulung der Arbeiter gelegt werden müsse. Diese müssen jeder der Parteipresse und Mitglied der Partei werden. Politische Schulung und Einsicht der Mitglieder wird auch dem Verbandsleben stets zugute kommen. — Drenning. Birges warnt davor, sich zu Lohnbewegungen während der Krisis hinreißen zu lassen, für solchen Zeiten solle man sich lieber einmal duden, dann sei der Verband bei günstiger Geschäftslage konjunktur schlagfähig. — Es rechtfertigen nunmehr eine ganze Anzahl Delegierte ihre Haltung zu den sogenannten wilden Streiks, die im Bericht eine so entschiedene Beurteilung erfahren haben. Dem Vorsitzenden Girbig wird geraten, sich etwas vorsichtiger über Streiks im Kreise der Kollegen auszusprechen, da letztere infolge ihrer schlechten Lohn- und Lebensverhältnisse sehr leicht geneigt sind, ein Feuer anzuzünden, dessen Dämpfung dann Anlaß zu allen möglichen Anzuträglichkeiten zwischen Mitgliedern und Vorstand führt. Kollege Girbig solle stets so reden, daß er später seine Worte mit den Maßnahmen als Vorsitzender decken kann. — Außer den internen Verbandangelegenheiten werden auch andere Fragen, wie Maiser, Zwischenmeister und so weiter kritisiert. Es wird dem Vorstand empfohlen, dem Zwischenmeister system größere Beachtung zu widmen, da diese Einrichtung zu schädlichen Zuständen geführt habe. Ferner kommt zum Ausdruck, daß der Vorstand bei allen Streiks, die ohne Einhaltung der statutarischen Bestimmungen begonnen werden, die Sanktionierung verweigern soll, dies sei im Interesse der Disziplin dringend notwendig. Es wird angeregt, die Agitationskommission für Rheinland und Westfalen aufzuheben und dafür einen Gauleiter anzustellen.

Es sprechen insgesamt 52 Redner zu diesem Punkt, die mit wenigen Ausnahmen alle den Vorstand wie den Redakteur scharf kritisieren; hauptsächlich hat Kollege Girbig bei den stattgefundenen Lohnbewegungen es nicht allen Mitgliedern recht machen können. Reichstagsabgeordneter Horn macht noch einige Mitteilungen über die Situation, die beim Streik „Alexanderviertel“ herrschte, als er sich verpflichtet fühlte einzugreifen und Verhandlungen anzubahnen. Auch bei dieser Gelegenheit habe der Vorstand viel Zeit zur Beantwortung seiner Briefe gebraucht. Im Schlußwort geht Girbig auf die monierten Fälle ein und weist manche der Darstellungen als nicht den Tatsachen entsprechend zurück.

Die Kommission berichtet dann über die den einzelnen Zahlstellen verweigerten Streikunterstützungen und empfiehlt der Generalversammlung, dem Ansuchen der Kollegen, trotzdem sie nicht nach dem Statut gehandelt haben, stattzugeben.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreger.

(Nachdruck verboten.)
„Ich mußte ja gleich, daß Sie's tun würden,“ sagte Dantelberg bescheiden, nachdem Trola seine Unterschrift gegeben hatte. „Bei solchen Dingen müsse man immer „hig überlegen. Geschäft sei nun einmal Geschäft, und wenn man einmal A gesagt habe, müsse man auch B sagen.“

Wenn sein Bruder nun doch eines Tages das Papier nicht einlösen könne, was dann? meinte Trola. Das könne ja eine Schraube ohne Ende werden und man müsse doch mit jeder Möglichkeit rechnen.

„Dann wird wohl nichts anderes übrig bleiben, — ich ziehe Ihnen den Verlust von der Mitgift ab,“ sagte Dantelberg, nun wieder gemüthlich geworden, und kniff das eine Auge zusammen, was Trola als guten Humor aufzufaßte.

Dieser mußte unwillkürlich lachen. Wenn der Alte so sprach, ließ er es sich schon gefallen, denn das schien ihm als die beste Gewähr dafür, daß er sich doch in ihm geirrt haben könnte und ein gutes Auskommen mit ihm auf die Dauer möglich sein würde.

Fritz hatte bald gemerkt, daß etwas Besonderes vorgegangen sein mußte. Er hatte es ja diesem stolzen Herrn gleich prophezeit, daß seine Familie gegen die Heirat sein würde, und nun schien er wirklich schon mit ihr auseinander zu sein. Um näheres darüber zu erfahren, laurierte er eines Tages Tante Laura auf, die aber merkwürdigerweise nur mit den Achseln zucken konnte. Zum erstenmal hatte ihr Bruder sie im Stich gelassen und die Ausrede gebraucht, man erwarte in Hannover das Pärchen erst zu Weihnachten.

Schwindel natürlich,“ sagte Fritz. Sie aber verzog zum zweitenmal die Schultern. Nachdem sich nun alles anders gestaltet hatte, befürchtete sie, dieser eifersüchtige Schwager könnte sich auf sie berufen und ihre Unannehmlichkeiten bereiten. Ihre Eingekommenheit für ihn war sehr geistlos, seitdem er nicht mehr den Mut hatte, im Hause den Kampf gegen den Nebenbuhler aufzunehmen.

Nun versuchte der Kleine, sich hinter Güste zu stecken. Diese aber band ihm auf, daß demnach die „ganze Herrschaft“ aus Hannover zum Besuch kommen würde, „der Herr Leutnant an der Spitze“, und daß dann für sie herrliche Tage beginnen würden, „von wegen die Trintgelber“. Kaum aber aus seiner Gesichtswende auf der Straße, machte sie hinter seinem Rücken eine

Ueber Agitation referiert Gauleiter Dirscherl. Er äußert sich zunächst über die Frage der Neutralität und gibt der Meinung Ausdruck, daß jeder Gewerkschaftler auch Sozialdemokrat sein müsse. Der Gewerkschaftsführer, der darin Versteckenspiel treibe, schädigt die Arbeiterbewegung. Redner verbreitet sich weiter über die Zersplitterungstaktik der christlichen Gewerkschaften. Des weiteren zeichnet er die Richtlinien, die bei der Agitation, wenn sie fruchtbringend sein soll, beachtet werden müssen. Als eine wichtige Aufgabe bezeichnet er die Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, denn eine Organisation, die der statistischen Grundlage entbehrt, ist nicht imstande, den Kampf für die Arbeiter wirksam führen zu können. Ein wichtiges Agitationsmittel liege auch in den Arbeitsnachweisen, da man durch diese nicht nur Einfluß auf die Kollegen, sondern auch auf die Unternehmer gewinnen könne. Der Arbeitsnachweis gehört in die Hände der Arbeiter. — Das Arbeitsnachweisbureau der Flaschenindustriellen wird als Maßregelungsbureau schleimlicher Sorte bezeichnet. Redner verbreitet sich dann über die Aufgaben der Verbandsfunktionäre und Vertrauensleute. Die Werkstattvertrauensleute bezeichnet er als das Rückgrat der Organisation.

Zur Verschmelzungsfrage, zu der den Delegierten auf mehreren Tabellen statistisches Material über die Verhältnisse des Glaser-, Töpfer- und Porzellanarbeiters vorliegt, referiert Girbig. Berlin. In einer Resolution empfiehlt er der Generalversammlung, sich im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden zu erklären. Die nächste Generalversammlung soll dann weiter beschließen. Nach Girbig spricht der Vorsitzende des Töpferverbandes, Gen. Drunzel, in demselben Sinne. Es findet eine Abendkassierung statt, über die wir morgen berichten.

Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Im Saale des Gewerkschaftshauses in Frankfurt a. M. wurde am ersten Pfingstfesttage, vormittags 10½ Uhr, die vom Fabrikarbeiterverband einberufene Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Vorsitzenden des Verbandes, Reichstagsabgeordneten Aug. Brey, eröffnet. Anwesend sind 85 Delegierte aus den verschiedensten Branchen der chemischen Industrie, ferner dreizehn Gauleiter und fünf Vorstands- und Ausschußmitglieder des Fabrikarbeiterverbandes.

Das Reichamt des Innern ist eingeladen, hat aber eine Vertretung abgelehnt. Eingeladen und anwesend sind: Fabrikinspektor Dr. Köhlich-Karlruhe, Gewerbeamt Köster-Darmstadt, Gewerbeamt Engeln-Offenbach a. M., Gewerbeamt König-Spener, Gewerbeinspektor Dr. Fischer für das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. und der Gewerbeinspektor Dr. Wiesbaden teilt die Regierung mit, daß er zurzeit beurlaubt sei und deshalb nicht erscheinen könne.

Anwesend ist außerdem als Vertreter des Verbandes der chemischen Arbeiter Oesterreichs der Genosse Schrammel, Mitglied des Reichsrats. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten erfolgten Begrüßungsansprachen seitens der Genossen Dr. Quast und Fischer-Frankfurt a. M. im Namen des Gewerkschaftsartikels und der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes, sowie des Reichstagsabgeordneten Schrammel-Wien.

In der Nachmittags-Sitzung wurde das Referat des Herrn Professors Dr. Sommerfeld-Berlin über: „Die Vergiftungsgefahren in der chemischen Industrie“ entgegengenommen. Der Referent erörterte in eingehender Weise die in chemischen Betrieben vorfindenden Vergiftungen und Vergiftungsgefahren und die Mittel zu ihrer Verhütung: Belehrung der Arbeiter über die Vergiftungsgefahren, Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für verbesserten Arbeiter-

schutz, Verbesserung der öffentlichen Hygiene auf dem Wege der Gesetzgebung und Verkürzung der Arbeitszeit. — In der Diskussion wurden von einer großen Zahl Delegierten, die noch in Betrieben arbeiten, an Hand einer erdrückenden Anzahl meist trauriger Einzelfälle die Vergiftungsgefahren und -erscheinungen vorgetragen, unter denen die chemischen Arbeiter zu leiden haben. Das Bestreben der Unternehmer, so viel Profit wie nur irgend möglich aus ihren Betrieben herauszuschlagen, führt vielfach dazu, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen für die Arbeiter unterbleiben. Auch die Beibehaltung rückständiger Produktionsmethoden habe oft für die Arbeiter große Nachteile in gesundheitlicher Beziehung.

Am zweiten Verhandlungstage hielt Redakteur Schnei-der-Hannover ein Referat über die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach erfolgter Debatte wird eine Resolution angenommen, die besagt, daß die chemische Industrie ein getreues Spiegelbild der industriellen Entwicklung sei. Wachsende Konzentration, trotz steigender Produktivität riesige Vermehrung der Arbeiterzahl und vermehrte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte sind ihre hervorstechendsten Kennzeichen. In 26 Jahren, von 1882 bis 1907, stieg die Zahl der Betriebe um nur 15 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter dagegen um 139 Prozent und die Zahl der Arbeiterinnen gar um 300 Prozent. Den Kapitalisten bringt die chemische Industrie riesige Gewinne. Da die Arbeitsverhältnisse der in der chemischen Industrie Beschäftigten überaus schlecht sind, durch die Verarbeitung giftiger und gefährlicher Stoffe die Gesundheit der Arbeiter zerrüttet und ihr Leben gefährdet wird, so wird, um diese Mißstände wirksam zu bekämpfen, der organisatorische Zusammenschluß der chemischen Arbeiter im Fabrikarbeiterverband anempfohlen.

Sobann sprach der Vorsitzende Brey über die Gesetzgebung und die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie. In der hierzu angenommenen Resolution heißt es u. a.: In der chemischen Industrie mehren sich die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen, dagegen ist der Ausbau des Arbeiterschutzes fast völlig zurückgeblieben. Staubentwicklung, Ausströmung giftiger Gase und Dünste, Feuergefahren, Verätzungen und Explosionen raffen zahlreiche Opfer aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter hinweg. Dazu treten die gewerblichen Vergiftungen, die eine unermessliche Gefahr für die Arbeiter und deren Familien geworden sind. Diese Vergiftungen bringen vielen Arbeitern frühen Tod, anderen Arbeitern Siedtum, körperlichen und geistigen Verfall, den Familien der betroffenen Arbeiter aber Verarmung. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes wird beauftragt, und die Arbeiter werden verpflichtet, Material zu sammeln und es dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen. Gefordert wird sodann eine Reihe Arbeiterschutzesbestimmungen, so Erweiterung der Gewerbeinspektion, ein Maximal-Arbeitszeit von acht Stunden, Verbot der Aftorarbeit bei giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Arbeiten, Verbot der Frauenarbeit bei Verarbeitung giftiger Stoffe, Erweiterung der Unfallgesetzgebung insofern, als Vergiftungsverletzungen als Unfälle eingeschätzt werden sollen.

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Hamburg, 1. Juni.

(Dienstag-Nachmittags-Sitzung.)

Boderich-Stettin schilderte die Ursachen der Vulkan-Ausprägung. Angenehme Information, fortwährende Eingriffe der Leitung und das rigore Verhalten der Unternehmer hätten die Wiederaufnahme der Arbeit zunächst verhindert. Das Flugblatt mit der Androhung der Unterstützungsentziehung habe den Jörn aufs äußerste gesteigert. Nur gezwungen durch

hinter dem Rücken der Mama“, das Geständnis machte, daß sie ihn „wegen seiner Fähigkeit“ doch bewundern müsse; seine Liebe zu Emmy sei jedenfalls außerordentlich stark, denn sonst würde er es wohl nicht darauf ankommen lassen, sich mit dem „guten Mutterchen“ zu erziehen.

Bei dieser Gelegenheit vertraute sie ihm gleich an, daß „Kein“ ihr das Versprechen gegeben habe, die Hochzeitsreise über Berlin zu machen, dann würden sie hoffentlich ein paar recht fidele Tage erleben.

Also fühlte sie sich glücklich und steuerte bereits mit voller Segeln dem Hafen zu. So empfand er den doppelten Trost: sich wenigstens die Neigung der Schwelger erhalten zu haben und die Mutter auch bald von dieser Sorge befreit zu sehen.

Eines Morgens, es war trübes, regnerisches Wetter, das wie zum Grubeln über wichtige Dinge des Lebens einlud, ging er doch mit sich zu Rade, ob es nicht besser wäre, die Verlobung aufzuheben und alle Folgen zu tragen.

Er hatte wieder einen jener seltsamen Träume gehabt, an denen er seit einiger Zeit litt und die er sich durch sein starres Denken noch vor dem Einschlafen erklärte.

Er sah seine Mutter im Sarge liegen. Mitten in einem großen und dunklen Saal. Eine einzige riesige Wachskerze brannte zu Häupten, und er stand einsam und verlassen zu Füßen und betete wie ein reuiger Sünder, der mit Schreden das „Zu spät“ in seinem Gewissen liest.

So war er in einer merkwürdigen, traurigen Stimmung erwacht, die ihn mit den verschiedensten Vorstellungen erfüllte. Eine jener melancholischen Schwärmerevanablungen kam über ihn, die dem ganzen Menschen einen Ruck geben und ihn sich zu einer Tat emporreißen lassen, die eigentlich nur eine Feigheit der Begegnung ist.

Er trank schleunigst Kaffee, machte sorgfältig Toilette und wollte zu Emmy hineinstürmen, um ihr zu sagen, daß er unverzüglich nach Hannover müsse, weil er die dunkle Ahnung habe, daß seine Mutter krank sei. War er erst einmal dort, so konnte er den Bruch leichter vollziehen.

Wahrscheinlich aber stand die Geliebte vor ihm. Strahlend, im frischen Morgenanzug, war sie hereingetreten, um ihn mit einem Tellerchen voll Kuchen zu überraschen. Und als sie dann an seinem Halse hing, schlug er beschämt die Augen nieder.

Er verschob nun alles auf den anderen Tag. Als aber der neue Morgen kam und mit ihm die Trauerbotschaft, daß eine entfernte Cousine seiner Mutter gestorben war, amete er auf darüber, daß sein Traum in anderer Art in Erfüllung gegangen war. Ein Tag nach dem anderen verging nun, ohne daß er daran gedacht hätte, zum Bruch sich aufzurufen.

die hinter dem Rücken geführten Verhandlungen seien die Mieter in den Betrieb zurückgeführt.

Bezirksleiter Borchert erläuterte die Mannheimer Ereignisse. Im Falle Brown, Voberi u. Co. habe man nicht auf ihn gehört, auch bis heute für den Vorbruch als Material nur unbewiesene Behauptungen erbracht; die Bezirksleitung habe sofort bei der Firma Protest erhoben. Auch bezüglich des Affordordienstes im Streikwert hätten die Berechnungen der Arbeiter nicht gestimmt. Dazu sei wahnsinnige Schüfterei, Schindluderpielen mit der Arbeitskraft getreten. Beim letzten Kampf hätten durch prinzipielle Festlegung die Unternehmer sich den Weg zur Verständigung verarmelt; der Verband habe selbstverständlich aus moralischen Gründen sich Verhandlungen nicht entzogen, für deren Ergebnis zunächst dieselben Arbeiter gebankt, die tags darauf über Verrat schimpften. Die Urteile über die Taktik hätten unausgesetzt geschwankt, die Empörung sei geschürt durch anarcho-sozialistische Flugblätter, deren Urheber man obendrein Redefreiheit gewährt, wie man auch für ähnliche Wische Gelder aus der Lokalfasse bewilligte. Die Konjunktur sei überschätzt, die Warnungen, das Rückgrat der Organisation zu schonen, geordneten Rückzug anzutreten, missachtet, die entscheidende Abstimmung in ungehöriger Weise beeinflusst, einschüchternde Kollegen drangsalieren, die Zeitung verfolgt und mit Steinhöfen beworfen worden, den Vorstandsrednern habe man das Wort verweigert, um nachher Resolutionen gegen ihre „Ausführungen“ anzunehmen. Nach dem Streik werde „passive Resistenz“ durch Beitragsverweigerung geübt zum Schaden Einzelner und der Organisation. Eine Handvoll Phrasen habe der Masse eine nicht vorhandene Macht suggeriert. Demgegenüber müsse man nach bewährter Methode weiter arbeiten.

Flohr-Karlstrube bestreite dem Vorstande das Recht, ohne Zustimmung der beteiligten Faktoren Lohnkämpfe aufzuheben. Scheffler-Dresden betont, daß Differenzen über die Taktik auch in anderen Verbänden vorkommen. In kleinen Orten herrsche auch Mißstimmung, aber stets darüber, daß stets nur die großen Lohnkämpfe führten. Würde vor jedem Streik über doppelte Beiträge abgestimmt, so würde die Stimmung oft eine andere sein. Die Parole „Alles oder nichts“ sei eine Verleumdung. Die Bezirksleiter seien nicht dazu da, den Mitgliedern nach dem Munde zu reden, sondern sie zu schulen und durch Aufführung zu kämpfen zu machen.

Schneit-Braunschweig bemerkt, man müsse den Mut haben, nötigenfalls den Kollegen auch unangenehme Dinge zu sagen.

Cohen-Berlin führte die in Mannheim in vielen Verbänden üblichen Differenzen auf den Haß gewisser Leute gegen die Zentralverbände zurück. Er warne davor, die vielbesprochenen Vorgänge zu Gelegenheitsgeschmacherei zu benutzen. Um gewisser Intentionen willen werde man es nicht zu Riesenauflösungen kommen lassen. Dittmann erwidere er, daß die legislative Tätigkeit der Delegierten und damit die Übertragung der Ausführung der Beschlüsse auf den Vorstand nicht undemokratisch sei. Das Wort „Prätorianergarde“ sei schwer beleidigend; der Urheber verkenne die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Wenn unter der Kränze die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft abgelehnt sei, so hätten die Gewerkschaften glänzend ihre Schuldigkeit getan.

Aus den weiteren Verhandlungen ist zu bemerken, daß Ullgauer-Mannheim die Darstellung Vorhölzer als einseitig dargestellt und erklärte, nicht die Anarcho-sozialisten seien schuld an der Größe der Unzufriedenheit. Was vor und nach dem Streik geschehen sei, müsse auseinandergehalten werden. Wenn die Finanzreform in Beschränkung der Unterstützungen bestehen solle, dann falle sie ebenso schlecht aus wie die des Reiches.

Debatte schloß schritt weiteren 22 Rednern das Wort ab. Am Mittwoch wurde zunächst über den Ausfühbersbericht debattiert.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Bauarbeiterbewegung in Hamburg. In Hamburg ist ein schwerer Konflikt zwischen den baugewerblichen Arbeitern und Unternehmern im Anzuge. Die Vertreter der Organisationen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter haben monatelang mit den Vertretern der Unternehmer verhandelt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich neu zu regeln, wobei die Vertreter einer Unternehmerorganisation erklärten, sie seien

nicht abgeneigt, die 8½stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Am 19. Mai haben sich aber die Verhandlungen auf Betreiben des baugewerblichen Gewerkschaftsverbandes zerlegt. Die Baugewerksinnung und der Bund der Maurer- und Zimmermeister haben nun bekannt gegeben, daß sie sämtliche baugewerblichen Arbeiter ausschließen, wenn die Arbeiter versuchen würden, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Streiks oder Sperren zu erringen. Die Zweigvereine der Maurer usw. haben sich jedoch durch die Aussperrungsdrohung nicht schrecken lassen, sondern beschlossen, zunächst die Erhöhung des Stundenlohnes von 80 auf 85 Pfg. durchzusetzen. Zu diesem Zwecke wird in dieser Woche eine Reihe von Sperren verhängt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden darauf die Unternehmer mit der Aussperrung antworten, wie sie auch versucht werden, den Zugang auswärtiger Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu organisieren. Der Zugang von Bauarbeitern nach Hamburg ist daher strengstens fernzuhalten!

Bauarbeiterstreik in Saarbrücken. Die Unternehmer haben ihrer Ankündigung die Tat folgen lassen und eine teilweise Aussperrung verfügt. Daraus wurde in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Maurer am Dienstag der Streik endgültig proklamiert. In der Versammlung waren vertreten: der christliche Maurerverband, der freie Maurerverband und der Bauhilfsarbeiterverband. Mit der Proklamation des allgemeinen Streiks wollen die Arbeiter verhindern, daß die Unternehmer mit den nicht entlassenen Arbeitern die dringendsten Arbeiten noch rasch fertigstellen können. Es kommen zirka 1000 Arbeiter in Betracht.

Streikbrecher als Revolverhelden. In Helmsstedt, im Herzogtum Braunschweig, streifen bei der Berliner Firma Saalfeld die Tischler, weil sie sich Lohnkürzungen nicht gefallen lassen wollen. Der berühmte Streikbrechervermittler Desterreich aus Berlin hat auch hier seine unheilvolle Tätigkeit entfaltet und eine Anzahl der dem Staate besonders nützlichen Elemente aus der Berliner Heise als Streikbrecher nach Helmsstedt gebracht, unter deren provokatorischem Auftreten die Helmsstedter Einwohner jetzt zu leiden haben. Die Streikbrecher sind durchweg mit Revolvern ausgerüstet, die sie gegen die Einwohner zu benutzen suchen. In der Nacht zum Sonntag wurde der streikende Tischler Fritz Laue mitten in der Stadt von Streikbrechern mit den Worten angefallen: „Jetzt haben wir dich, du Großhauze.“ Nach kurzem Wortwechsel wurden mehrere Schüsse auf L. abgegeben, von denen einer Laue an der Brust verwundete. Auf dem Wege zur Polizeiwache wurde L. noch von den Streikbrechern — in Gegenwart der Wächter — verhöhnt. Auf der Wache selbst führten die Streikbrecher noch das große Wort. In derselben Nacht wurden in den verschiedensten Straßen der Stadt von den Streikbrechern Schüsse abgefeuert. Am 1. Pfingstfeiertage übte sich ein Arbeitswilliger im nahen Walde im Schießen, und am gleichen Tage brüllte sich in einem Waldrestaurant eines dieser Elemente, nachdem es seines tüdlichen Verhaltens wegen hinausgeworfen worden war, damit, daß er bei Saalfeld arbeite. Er hantierte dabei mit einem Revolver und erklärte, er habe von der Kreisdirektion die Berechtigung zum Tragen des Revolvers erhalten. Es ist geradezu ein Stand, wie diese Berliner Streikbrecher unter den Augen der Behörden in Helmsstedt schalten und walten dürfen.

Der Ausbruch der Seuche in Frankreich dauert fort. In Marseille sind gestern 3 Dampfer mit der Post und zirka 500 Passagieren an Bord nach Tunis, Oran und Naccio abgegangen. Die Seuche hielt gestern vorgefunden eine Versammlung ab, worin sie die Haltung der Regierung mißbilligte und die Fortsetzung des Streiks verfügte.

ac. Der Einigungs-Kongreß der französischen Metallarbeiter hat während der Pfingstfeiertage in Paris stattgefunden. Auf dem letzten Metallarbeiter-Kongreß zu Marseille war beschlossen worden, daß die drei in Frankreich bestehenden Berufsverbände der Metallindustrie zwecks Verschmelzung miteinander in Unterhandlungen treten sollen. Diesem Beschluß ist der Verband der Metallarbeiter und der Verband der Former nachgekommen, während der Verband der Mechaniker durch Urabstimmung beschlossen hat, am Kongreß nicht teilzunehmen und den Verband aufrecht zu erhalten. 6 Ortsgruppen der Mechaniker, darunter die Pariser, waren dennoch durch Delegierte vertreten. Insgesamt sind 118 Delegierte anwesend. Von den drei Verbänden ist der der Metallarbeiter der größte, er umfaßt 13 775 Mitglieder. In den letzten 2 Jahren ist die

maß umdrehte und möglichst treuherzig jagte: „Wissen Sie, lieber Felix — eine kleine Quittung könnten Sie mir doch geben, es ist nur der Ordnung wegen, damit meine Kasse stimmt.“

Für solche Fälle hatte er schon gedruckte Formulare bereit, die stets auf „Darlehen“ lauteten. Er füllte schnell die Summe aus, und Trola unterzeichnete rasch seinen Namen, wobei er erklärte, gegen dieses Prinzip durchaus nichts einwenden zu können.

„Er scheint wirklich seine guten Seiten zu haben“, dachte er dann, als er wieder allein war und sich der stillen Freude hingab, nunmehr als großer Mann vor seine Gläubiger hintreten zu können.

Dadurch fühlte er sich ermutigt, noch öfter ähnliche Gefälligkeiten seines zukünftigen Schwiegervaters in Anspruch zu nehmen, half unter dem Vorwand des „Muh“, der ihn immer tiefer in das Abhängigkeitsverhältnis zu dieser Familie trieb.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Das Ende eines tapferen Journalisten. Offizielle Meldungen aus Kanton bestätigen die schon vor Wochen eingelaufene Nachricht, daß Dr. Robert Brunhuber aus Köln auf einer Forschungsreise im chinesisch-tibetischen Grenzgebiet von Eingeborenen ermordet worden ist. Mit einunddreißig Jahren mußte der hochbegabte Schriftsteller sein Leben lassen. Er reiste im Auftrag großer Zeitungen, für die er Reiseberichte zu liefern hatte, und verband so die Aufgaben des Journalisten mit denen des Forschers, wie etwa vor ihm der berühmte Friedrich Rabel. Doch Brunhubers Interesse war weniger ein geographisches als ein zoologisches und handelspolitisches. Die Erforschung oder nähere Erläuterung Ostasiens betrieb er auf diese Weise, für die er auch eine ungewöhnliche Vorbildung mitbrachte. Vor seinen großen Reisen war Brunhuber politischer Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, gewesen, als die National-liberalen den „Rud nach links“ mitnahmen wollten. Sie kamen bald genug davon ab und Brunhuber mit seiner unabhängigen Meinung mußte gehen. Seit ungefähr zwei Jahren war er als Reiseberichterstatter für deutsche Zeitungen tätig. Sein Ansehen wird von allen redlichen Journalisten, gleichzeitig auch von politischen Anschaun, in Ehren gehalten werden. Doppelt schmerzhaft ist die Haltung einer großen bürgerlichen Zeitung wie die „Kölnische Zeitung“, die ihres gewesenen Redakteurs mit keiner Silbe gedenkt. Für Robert Brunhuber, den Sohn der Stadt Köln und Angehörigen einer alten Kölner Familie, für Robert Brunhuber, der im Fortschrittsdrang in fernem Landen sein Leben ließ, für Robert Brunhuber, den Wortführer einer Gruppe des deutschen Liberalismus, für Robert Brunhuber, den liberalen Reichstagskandidaten, der mehrere Jahre Redaktionsmitglied der „Kölnischen Zeitung“ war, haben die Besitzer und Leiter der „Kölnischen Zeitung“ kein Wort des

Zunahme nur eine sehr geringe gewesen. Die Metallarbeiter, wie die Former haben in ihren Verbänden schon mehrere Unterstützungsweige eingeführt; so die Streikunterstützung, Reiseunterstützung usw. Die Metallarbeiter führen 30 Ct., die Former 40 Ct., die Mechaniker aber 70 Ct. pro Monat an ihre Zentralfasse ab. Die letzteren zahlen deswegen auch etwas höhere Unterstützung und dieser Umstand dürfte wohl hauptsächlich dazu beitragen, daß sie in ihrer Mehrheit vorläufig den Beitritt zum Industrieverband abgelehnt haben. Der Kongreß verlief äußerst ruhig, schon nach kurzer Diskussion wurde mit 115 gegen 2 Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Verschmelzung im Prinzip beschlossen. Die neue Organisation erhält den Namen „Bund der Metallarbeiter und Berufsangehörigen“. Ausdrücklich wurde betont, daß der neue Verband auf dem Boden des sozialistischen Ideals stehe. Die Befreiung der Gesamtproduktionsmittel durch die Arbeiterschaft, die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft, an deren Stelle eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu treten hat, wurde ausdrücklich als Endziel bezeichnet. Die verschiedenen Unterstützungsweige sollen ausgebaut werden, die Arbeitslosen-Versicherung wird fakultativ eingeführt. Es werden 4 festangestellte Sekretäre gewählt, darunter Merckheim und Gallantus von den Metallarbeitern, Lencar von den Formern, während die sechs Ortsgruppen der Mechaniker, welche zum Verband übertreten, den 4. aus ihrer Mitte zu wählen haben.

ac. Der Konflikt im sübwälschen Kohlenbezirk. Die Kündigung der sübwälschen Bergleute ist seitens der Unternehmer bereits am Sonnabend vor den Feiertagen zum 1. Juli erfolgt; gegen 150 000 Arbeiter sind davon betroffen. In dem Kündigungsbescheid heißt es, daß durch das Achsstundengefeß (welches bekanntlich am 1. Juli in Kraft tritt), die Bergleute nicht mehr in der Lage seien, den zwischen ihnen und den Unternehmern abgeschlossenen Vertrag (der eine 8½stündige Arbeitswoche vorsieht) einzuhalten. Dieser Vertrag ging bis zum 31. Dezember. Die Arbeiter betrachten dies für einen eklatanten Vertragsbruch, da nach den Bestimmungen desselben, während Verhandlungen schweben, niemand entlassen werden soll. Auch die übrigen Vorschläge der Unternehmer, Lohnherabsetzung, Einführung von Doppelschicht und Verteilung der nach dem Gesetz erlaubten 60 Ueberstunden pro Jahr, d. h. 52 Stunden regelmäßig auf die 52 Wochen des Jahres zu verteilen, lehnen die Arbeiter strikte ab. So erscheint es aussichtslos, noch eine Verständigung herbeizuführen.

Industrie, Handel und Verkehr.

Steinkohlen an der holländischen Grenze. Das Steinkohlenflöz, auf dem der Ruhrkohlenbergbau entspringt, nimmt nach den Vermutungen einiger Geologen seine Fortsetzung nach Westen, nach dem holländischen Meer und nach Holland. Insbesondere die letzten Jahre haben am Rhein, hauptsächlich auf dessen linkem Ufer, große Kohlenaufläufe gebracht. Auch in der holländischen Gegend sind die Bohrungen von Erfolg begleitet gewesen. Das hatte zu Bohrversuchen in Holland Veranlassung gegeben, an denen sich auch die dortige Regierung beteiligte. Wie jetzt aus Amsterdam gemeldet wird, ist bei den staatlichen Bohrversuchen in Winterswijk das Steinkohlenflöz in einer Tiefe von zirka 690 Meter angetroffen worden.

Soziales.

Ist ein Lohnarbeitsvertrag kempflich? Diese Frage beschäftigte Mittwoch das Landgericht Hannover als Berufungsinstanz. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber der Steinseherbranche kam es während eines Streiks zum Abschluß eines Lohnarbeits-Vertrages, der den Streik beendete. Die bei dem Abschluß beteiligten Personen erhielten Strafbefehle wegen Stempelsteuer-Hinterziehung. In den Strafbefehlen wurde ihnen vorgeworfen, daß sie den Vertrag über den zur gegenseitigen Annahme gelangten Lohnarbeits nicht mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen hätten. Die Arbeitgeber bezahlten die gegen sie verhängte Geldstrafe, während die Kommissionsmitglieder der Arbeitnehmer die gerichtliche Entscheidung herbeiführten. Das Schöffengericht Hannover sprach die sechs Angeklagten von der erhobenen Anklage frei und führte

Gedächtnisse und der Ehrung. Was hat die Herren zu dieser Handlungsweise bestimmt; was hat sie bezogen, allen Geflohenheiten zuwider den unter so tragischen Umständen zu Tode gekommenen Parteiangehörigen, Berufsangehörigen und Mitbürger die Achtung zu verweigern, ihn wie einen Auswurf zu behandeln? Dr. Robert Brunhuber hat dem regierungsfähigen Modliberalismus den Rücken gelehrt und hat versucht, seine Parteifreunde auf den Pfad einer energiegelichen Wahlfreiebewegung zu drängen; er hat in einem Buche über die „moderne Presse“, das in der bekannten Sammlung Göschen erschienen ist, die Abhängigkeit der bürgerlichen Zeitungsschreiber von ihren Verlegern gebrandmarkt. Das sind Verbrechen, die ein bürgerlicher Zeitungsschreiber niemals vergibt. Wer seine heiligen Gefühle, seine kapitalistischen Unternehmerrinstenke so verlegt, dem hält er Rache bis über's Grab hinaus.

kg. Typhusstrafen. Trotz der großen Aufmerksamkeit unterer Behörden (soweit sich der Typhus in Deutschland nicht ausbreiten zu lassen, und immer wieder wird von größeren oder kleineren Typhusepidemien berichtet. Die Anstaltungswege in Strassburg in den Jahren 1903—1907, wie sie von Dr. Kaiser (Münd. Medizin. Wochenchr.) erörtert sind, bildeten die Nachmittagsmittel, namentlich aber die rohe Milch. Sie stammte, ebenso wie Rahm, Sauermilch, fetter Buttermilch, zum Teil aus Häusern, zum Teil aus Geflüß mit „Bazillenträgern“ und nahm verschiedene Wege zum Konsumenten. Gelegenheit genug, daß die Typhusstrafen in die Milch gelangen, ist auf dem Lande vorhanden, nämlich von den Händen eines ambulanten erkrankten Melkers, der trankentragenden Hausmutter, die vom Bett des Kindes weg zum Stall und Hof gerufen wird, auch durch den Hausjungen, ein anderes Mal den Grobputzer — „Bazillenträger“ — deren Horn- und Korbaltarien aus der überlaufenden unbedeckten Grube oder dem ungeschützten Brunnen ihren Weg auf Stallgeräte oder in Milchkannen schnell gefunden haben. — Es ist daher wohl begreiflich, daß bestimmte Berufsstände eine besonders hohe Sterblichkeit zeigten, nämlich alle die Angehörigen von Nahrungs- und Genussmittelgewerben, wie z. B. die Bäcker, ferner die Köchinnen und Dienstmädchen, das Küchenpersonal und vor allem auch Krankenpfleger. Gebammen, Wäscherinnen, Schneiderinnen und Näherinnen. Außerdem kamen alle die Berufe in Frage, bei denen eine mehr oder minder unmittelbare Berührung mit sehr vielen Menschen stattfand, wie z. B. mit Gärten, Kleidenden, mit der Kundschaft usw. So ist es begreiflich, daß Kaiser Typhusstrafen in Strassburg feststellen konnte, trotzdem die hygienischen Einrichtungen, insbesondere die Wasserreinigung, das Abfuhr- und Kanalisationswesen, sowie die Wohnungsfürsorge, gute sind. Es mußten daher verteilte Herde des Ansteckungsstoffes vorhanden sein. Als solche sind in Strassburg sehr häufig verurteilte Lebensmittelgeschäfte, in erster Linie Milchhandlungen, aber auch Bäckereien, Wurstereien, Obstkrämden, Bazillenträger, besonders die „Dauerabscheider“, bilden an diesen Stellen eine ernste Gefahr für Gesundheit und Leben vieler Menschen. Ihre Anwesenheit ist aber auch für gewöhnliche Wohnhäuser, besonders ärmerer Viertel, und bei regem Nachbargastverkehr von großer gesundheitlicher Bedeutung.

dabei aus: Ein Arbeitnehmer f... Vertrag habe... nicht einflaße... barung aufzusa... treten könne... pflichtig. Am... dieses freipre... Staatsanwalt... es sich um eine... Angeklagten zu... schloß sich aber... Schöffengericht... der Angeklagten... das Kammerge...

Rechtsbram... Geliebten stand... Oswald Gah... am Karfreitag... Geliebte, die 18... denau. Er gal... sich aber nicht... zu ertränken u... im Walde umhe... zu 3 Jahren u...

Von der „N... das 35. Heft des... Heftes haben... Klassenrecht u... widlungsfreie... Karl Böttcher... und der Aufsich... schau: Prof. D... Wissenschaft...

Von der „G... beiterinnen (S... eben Nr. 17 d... halt dieser M... arbeiter in der... Straßburg... Dienstbotenfrag... für die Proleta... der deutschen G... Stimmen für... Mathilde Burn... Von den Orga... Proletariats... schaftliche Rund... barität, prolet... Dienstbotenfrag... Frauenbewegung... bewegung. —

Für un... ling. Von Lud... Menschenlebens... Erzbergerin... Morris Rosenf... (Fortsetzung.) Für un... Georg Conrad... Friedmann... Herben. Aus... Familienfest... harte Herz. V... Von Emma D... „Flegel“ Ein... Die „Gleich... Nummer 10 P... menspreis bi... Kreuzband 85...

Servewah... Klaffter-Biblio... ist jetzt aus e... weghs, von G... Herwegh de... terischen Bedeu... unabhängig von... nen frühen M... Der Herausgeb... objektive Beurte... Gedichten ein... heute Herwegh... und kritische A... „Neuen Bedach... ausführliche D... leitungen zu b... merktunen un... glücklichste...

Die Ausaal... Klaffter-Biblio... Einband, das h... nichts zu wü... Zeilenzählung... nicht unbedach... lagen zieren de... Herweghs... Erwägt ma... den geringen P... seiner Wertke... haufes Bong u... weitesten Krei...

Im Verlag... erdlichen Bor... Kautsk. Zwe... Erster Wan... Preis broschü... Zweiter Wa... formation. B... Diese beider... Kautsk. Mehr... Sozialismus i... sammtwertes m... es in einzelne... erscheinen, wie... Sozialdemokrat... in der großen...

In den be... eines der be... unmittelbarer...

Die Metallarbeiter, schon mehrere Unter-
stützung, Reise-
führer 30 C., die
pro Monat an ihre
Wohlfahrt auch etwas
dürfte wohl haupt-
sächlich vorläufig den
Aben. Der Kongress
diskussion wurde mit
teltung die Verschmel-
Organisation erhält
und Berufsgeossen".
Verband auf dem Vo-
Besitzergehung der
terklasse, die Beset-
in deren Stelle eine
hat, wurde ausdrück-
lichen Unterstützungs-
festangestellte Sekre-
Gallantus von den
während die sechs
Verband übertraten,
Kohlendistrikt. Du
teltens der Unter-
tietagen zum 1. Juli
betragen. In dem
das Aufstundengesetz
tritt), die Vergleiche
chen ihnen und den
eine 54klündige Ar-
Vertrag ging bis zum
es für einen etatant-
immungen deselben,
und entlassen werden
Unternehmer, Lohn-
und Verteilung der
a pro Jahr, d. h. 52
des Jahres zu ver-
erschneit es ausschließ-
en.

Verkehr.

renze. Das Stein-
gaban entstanden ist,
bevolgen seine Fort-
er Revier und nach
haben am Rhein,
hohe Kohlenauflüsse
sind die Bohrungen
zu Bohrverrichtungen
in sich auch die dortige
erdam gemeldet wird,
interswyl das Stein-
D Meter angetroffen

ichtig? Diese Frage
nover als Berufs-
beitgebern der Stein-
zum Wölsch eines
idete. Die bei dem
erhalten Strafbefehle
den Strafbefehlen
vertrag über den zur
f nicht mit dem vor-
Die Arbeitgeber be-
während die Kom-
gerichtliche Entschei-
Hannover sprach die
lage frei und führte

die Herren zu dieser
bewegen, allen Ge-
weisen Umständen zu
ausgenossen und Mit-
einen Auswürfungen
hat dem regierung-
hrt und hat versucht,
ergänzen Wahlrechts
he über die „moderne
Wahlen erschienen ist,
schreiber von ihren
ehen, die ein bürger-
Ber seine heiligsten
rinstunkte so verlegt,

den Aufmerksamkeit
in Deutschland nicht
ed von größerer oder
Anforderungswege in
e sie von Dr. Kappeler
ab bildeten die Na-
lich. Sie stammte
untermlich, zum Teil
it „Basillenträgern“
menten. Gelegenheits-
ich gelangen, ist auf
inden eines ambulanten
Hausmutter, die vom
i gerufen wird, auch
Großvater — „Ba-
terien aus der über-
angehörigen Brannen
nnen schnell gefunden
k bestimmte Berufs-
geigen, nämlich alle
Mittelgewerben, wie
Dienstmädchen, das
mpfänger, Hebammen,
rinnen. Außerdem
eine mehr oder min-
elnen Menschen statt
der Berufstätigkeit
tragen in Straburg
Einrichtungen, ins-
fuhrt, und Kanalisati-
on sind. Es müßten
es vorhanden sein,
g versuchte Lebens-
lungen, aber auch
annt, Basillenträger,
in diesen Stellen eine
eler Menschen. Ihre
Wohnhäuser, beion-
barigkeitsverlehn von

dabei aus: Ein Lohnvertrag zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmer sei kein stempelpflichtiger Vertrag. Ein solcher
Vertrag habe keine rechtlich bindende Verpflichtung, er sei z. B.
nicht einlösbar. Ein solcher Vertrag sei als eine Verein-
barung aufzufassen, von dem man beliebig beiderseits zurück-
treten könne. Eine solche Vereinbarung sei aber nicht stempel-
pflichtig. Amtsanwalt und Steuerbehörde hatten gegen
dieses freisprechende Erkenntnis Berufung eingelegt. Der
Staatsanwalt vertrat in der Verhandlung die Auffassung, daß
es sich um einen stempelpflichtigen Vertrag handle und daß die
Angeklagten zu verurteilen seien. Das Landgericht Hannover
schloß sich aber in jeder Beziehung der Rechtsauffassung des
Schöffengerichts an und erkannte auf kostenlose Freisprechung
der Angeklagten. Diese Frage wird jedenfalls demnächst auch
das Kammergericht als höchste Instanz beschäftigen.

Gesellschaftliches.

Liebesdrama. Leipzig, 2. Juni. Wegen Tötung seiner
Geliebten stand heute der 21jährige Modelltischler Friedrich
Schmal Gah vor dem hiesigen Schwurgericht. Gah erschloß
am Karfreitag in einem Walde der Leipziger Umgebung seine
Geliebte, die 18jährige Fabrikarbeiterin Ida Schlund aus Lin-
denau. Er gab dann zwei Schüsse auf sich selbst ab, verletzte
sich aber nicht tödlich. Er versuchte sich darauf zu erheben und
zu ertränken und irrte nach dem Mordtaten einen ganzen Tag
im Walde umher. Am Abend wurde er verhaftet. Gah wurde
zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben
das 35. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des
Heftes heben wir hervor: Auflösung des Reichstages? —
Klassenrecht und Klassenjustiz. Von Ernst Ludwig. — Ent-
wicklungsstadien der gewerblichen Tarifvertragspolitik. Von
Karl Böttcher-Berlin. — Textilarbeiterverhältnisse in Preußen
und der Lausitz. Von Wilhelm Köpfel. — Literarisches Rund-
schau: Prof. Dr. Julius Wolf, Nationalökonomie als exakte
Wissenschaft. Von N. R. — Zeitschriftenchau.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Ar-
beiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns so-
eben Nr. 17 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem In-
halt dieser Nummer heben wir hervor: Der Schutz der Heim-
arbeiter in der Reichstagskommission. I. Von g. h. — Die
Strafjustiznovelle. II. Von H. B. — Zur Literatur über die
Dienstbotenfrage. Von Herse Schlegel. — Neue Listen
für die Proletariat. Von ed. — Die Mutterchulforderungen
der deutschen Genossinnen. — Genauale Kinder. Von R. W. —
Stimmen für „wohlhabende“ Frauen. Von Paul Hirsch und
Mathilde Barm. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. —
Von den Organisationen. — Die Reise der internationalen
Proletariat. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewer-
schaftliche Rundschau. — Uebt die Pflicht internationaler Soli-
darität, proletarische Frauen Deutschlands. — Notizen:
Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische
Frauenbewegung im Ausland. — Landarbeiterfrage. — Frauen-
bewegung. — Verschiedenes. — Berichtigung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Früh-
ling. Von Ludwig Scharf. — Das Wissen vom Entstehen des
Menschenlebens. Von Agot Gieseler. — Die Mutter als
Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Heiligkeit: Wohin? Von
Morris Rosenfeld. — Ein Landjunker. Von Nikolaus Gogol.
(Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Morgengruß. Von Michael
Georg Conrad. (Gebicht.) — Kriegsgeschichten. Von Hans
Friedmann. — Hase und Affe. — Das Witwenkind. Von Jan
Herben. Aus dem Tschischschen überfetzt von Otto Pid. —
Familienfest. Von Adelbert v. Chamisso. (Gebicht.) — Das
harte Herz. Von Hermann Kahmann. — Frühlings Antunft.
Von Emma Döls. (Gebicht.) — „Guten Tag, Jährmann!“ —
„Flegel!“ Ein nordisches Märchen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der
Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonne-
mentspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter
Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Serweh. In der so schnell bekannt gewordenen „Goldenen
Klassiker-Bibliothek“ des deutschen Verlagshauses Bong u. Co.
ist jetzt auch eine vollständige Ausgabe der Werke Georg Her-
weghs, von Hermann Tardel besorgt, erschienen.

Serweh darf heute beanspruchen, rein um seiner dichter-
ischen Bedeutung willen gelesen und gewürdigt zu werden,
unabhängig von seinen politischen Tendenzen, die ihm einst sei-
nen frühen Ruhm und die ungeheure Wirkung verschafften.
Der Herausgeber hat denn auch alles getan, um dem Leser eine
objektive Beurteilung des Dichters zu ermöglichen. Außer den
„Gebichten eines Lebendigen“, auf denen ihm wesentlichen bis
heute Serweghs Ruhm beruht, sind die Sammlungen „Gebichte
und kritische Aufsätze“ und die nach seinem Tode erschienenen
„Neuen Gedichte“ hier zum erstenmal wieder abgedruckt. Eine
ausführliche Darstellung des interessanten Lebenslaufes, Ein-
leitungen zu den einzelnen Sammlungen und erklärende An-
merkungen unterstützen Genuß und Verständnis der Werke aus-
gezeichnet.

Die Ausgabe ist nach den Grundsätzen der „Goldenen
Klassiker-Bibliothek“ aufs beste ausgestattet. Der gediegene
Einband, das hochwertige Papier und der große, klare Druck lassen
nicht zu wünschen übrig. Streng durchgeführte Ver-
sicherungsmaßnahme, reichliche Register erhöhen die Benutzbarkeit
nicht unbeträchtlich. Als vortrefflich ausgeführte Bilderbe-
lagen zieren den Band ein Porträt und eine Handschriftprobe
Serweghs.

Erwägt man, daß die Ausgabe trotz all dieser Vorzüge für
den geringen Preis von 2 Mark zu haben ist, so wird man mit
seiner Anerkennung für diese neueste Leistung des Verlags-
hauses Bong u. Co. nicht zurückhalten und die Ausgabe den
weitesten Kreisen zur Anschaffung empfehlen.

Im Verlag von F. H. W. Dieckhoff in Stuttgart ist soeben
erschienen: Vorläufer des neueren Sozialismus, von Karl
Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage.

Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.
Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Re-
formation. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Diese beiden Bände bildeten früher den ersten Teil der von
Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des
Sozialismus in Einzelabteilungen. Eine Neuauflage des Ge-
samtwerkes wurde fallen gelassen; aus praktischen Gründen ist
es in einzelne Bände zerlegt worden, die in selbständiger Form
erscheinen, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen
Sozialdemokratie und Bernsteins Sozialismus und Demokratie
in der großen englischen Revolution geschehen ist.

In den oben angezeigten beiden Bänden werden den Lesern
eines der bedeutendsten Werke Kautskys dargeboten, die sich in
unmittelbarer Folge an den Ende 1908 erschienenen Ursprung

des Christentums anschließen. Diese Arbeit steht im engsten
Zusammenhang mit der vorliegenden, wie Kautsky in seiner
Vorrede bemerkt. „Die geschichtlichen Zusammenhänge, die ich
in dieser entdeckte, haben mir auch als Leitfaden in jener gedient.
Beide Arbeiten stützen einander. Wer die eine kritisieren will,
muß auch die andere in Betracht ziehen.“

Vermischtes.

Zeppelins Nichte. Gestern früh um 5 Uhr 50 Minuten flog
das Luftschiff in 50 Meter Höhe ruhig und sicher über Friedrichs-
hafen nach Manzell. Graf Zeppelin ist die ganze Nacht mit seinen
Arbeitsmännern im Automobil dem Luftschiff gefolgt und traf um 5 1/2 Uhr
hier ein. Er begab sich sofort zur schwimmenden Halle nach Manzell.
Um 6 Uhr erfolgte die Landung.

Zeppelins große Fahrt. Friedrichshafen, 2. Juni. Graf
Zeppelin äußerte sich über seine Pfingstfahrt dahin, es sei wohl
möglich gewesen, daß er unter sehr günstigen Umständen Berlin
einen Besuch abgestattet hätte, keinesfalls hätte er aber eine Landung
beabsichtigt. Die Umstände hätten sich in verschiedener Hinsicht doch
nicht so günstig gezeigt, wie sie erwartet wurden.

Raubanfall. Berlin, 2. Juni. Ein Raubanfall ist am
gestrigen Abend in der Hertthastraße in Panitzsch verübt worden.
Die Verkäuferin Anna Hübner wurde auf dem Heimweg von
einem unbekannten Manne überfallen, niedergeschlagen und
beraubt. Das junge Mädchen hatte vorher ihr Gehalt bekom-
men und das Geld in einer Handtasche aufbewahrt. Der Räuber
entwich ihr die Tasche und entfloß. Als Täter kommt ein
etwa 25jähriger bartloser Mensch in Betracht.

Liebesdrama. Berlin, 2. Juni. Ein Liebesdrama, dem
zwei jugendliche Personen zum Opfer fielen, hat sich heute nacht
in Charlottenburg im Hause Schlüterstraße 70 abgespielt. Dort
verübten der 22 Jahre alte Student der Chemie Jonel Dima
aus Ungarn und seine 18jährige Geliebte Klara Wolter, die in
einem hiesigen Warenhaus Verkäuferin war, Selbstmord, in-
dem sie sich mit Zyanid vergifteten. Das Motiv soll darin zu
suchen sein, daß die Mutter des Mädchens gegen die Fortsetzung
des Verhältnisses war.

Mord aus Rache. Darmstadt, 2. Juni. Aus Rache
erschloß heute vormittag der Tapezierergeselle Karl Brog den
Weggehermeister Wagner hier selbst, der verheiratet und Vater
dreier unmündiger Kinder ist, in dessen Laden nach kurzem
Wortwechsel. Brog, der auswärtig arbeitete, lebte mit einer
bei Wagner wohnenden Witwe im Konkubinat. Beide waren
gestern in Streit geraten, wobei Wagner einschritt und Brog
hinauswies. Brog stieß hierbei wüste Drohungen aus, die er
nunmehr ausführte. Er wurde von der Menge übel zugerichtet
und ist verhaftet worden.

Vom Schicksal der Arbeit. Frankfurt a. M., 2. Juni.
Von Weierwald wird der „N. W.“ gemeldet: Durch einen
sitzengebliebenen Schuß fand auf der Grube Hindemeyer der
gelgit zwei Vergleute verunglückt. Der eine war sofort tot, während
der andere schwer verletzt worden ist. Beide waren verheiratet.

Neapel, 2. Juni. Gestern Abend hat sich in Casale ein
schwerer Unfall ereignet. In der Nähe der Piazza werden
gegenwärtig die Erdarbeiten für den Bau einer neuen Schule vor-
genommen. Die Arbeiter waren damit beschäftigt, die Fundamente
auszuheben, und hatten zu diesem Zwecke den Boden bis auf drei
Meter Tiefe abgegraben. Plötzlich stürzte das Erdreich, das nicht
genügend vertieft war, in die Tiefe, und begrub die Arbeitenden
unter sich. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, konnten von den
12 Arbeitern nur 5 lebend geborgen werden, während die übrigen
7 tot aufgefunden wurden.

Wegelagerer. Bonn, 2. Juni. Zwei von einer Radtour heim-
kehrende Kölner Herren wurden umweit Herfel von Wegelagerern
überfallen, von den Räubern heruntergerissen, und ihrer Wertgegen-
stände und des Geldes beraubt. Die Täter sind unerkannt geflüchtet
und noch nicht festgenommen worden.

Wegen Falschmünzerei verhaftet. Leipzig, 2. Juni. Unter
dem dringenden Verdacht, vorbereitende Handlungen zur Herstellung
falscher Banknoten unternommen zu haben, wurden in einem hiesigen
Hotel zwei Gäste verhaftet. Es sind dies ein 52jähriger Kaufmann
aus Burg bei Magdeburg und ein 32jähriger Uhrmacher aus Remar.
Im Besitze der Verhafteten wurden Negative und Abzüge von
Platten gefunden, die zur Herstellung der Scheine dienen.

Schwere Ausfahrungen. Graudenz, 2. Juni. In einem
an der Medener Gasse gelegenen Vergnügungsort verübte eine
Rotte junger Burken schwere Ausfahrungen. Als nun der Wirt
des Lokals, die im Saale sitzenden Militärpersonen um Schutz er-
suchte, feuerte einer der Burken sechs Revolvergeschosse ab, wobei ein
Witzelwunder und ein Sergeant vom 141. Infanterie-Regiment
schwer verletzt wurden. Die Soldaten schlugen schließlich die Burken
mit blanker Waffe zurück. Dem Arbeiter Malinowski wurde hierbei
der Schädel gespalten.

Leichenfund. Myslowitz, 2. Juni. Im Bismarckpark wurde
eine männliche Leiche gefunden. Ein Taschentuch im Mund der
Leiche und andere Merkmale deuten auf ein Verbrechen hin.

Abgekört. Innsbruck, 2. Juni. Der Student Kammer-
huber aus München, der mit einem Kollegen eine Partie auf das
Brandhof unternommen hatte, wird vermisst. Man vermutet, daß
er abgestürzt ist.

Mord und Selbstmord. Budapest, 2. Juni. Der 40jährige
akademische Maler Jozsef Wolosinski verunreinigte seine langjährige Freun-
din Jozsefine Binder durch Revolvergeschosse schwer und erschloß sich
hierauf. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Militär und Zivill. Bukarest, 2. Juni. Wie die Blätter
aus Gurgus melden, kam es dort gestern Abend zu einem blutigen
Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten, weil ein Offizier
von einem Advokaten während eines Streites getötet wurde. Der
Advokat wurde verhaftet.

Vom Automobil überfahren. Reims, 2. Juni. Ein
Automobil überfuhr und tötete gestern zwei kleine Mädchen im Alter
von 4 und 11 Jahren. Der Chauffeur jagte davon, ohne sich um
die Verunglückten zu kümmern. Jedoch glaubt man ihn zu kennen.

Die Pest. Teheran, 2. Juni. Die Regierung gibt bekannt,
daß aus Baktra kommende Schiffe wegen der dort vorgekommenen
Pestfälle in Busch einer fünfjährigen Quarantäne unterliegen.

Große Fäule in China. Tsingtau, 2. Juni. In der Ge-
gend von Feng-Hien herrscht andauernd große Fäule. Schon
seit Monaten ist kein wirksamer Regen gefallen. Man hegt ernste
Befürchtungen für die kommende Ernte und befürchtet eine Hungers-
not.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Wiesfeld. In der Zeit vom 24. bis 29. Mai 1909
sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geboren: Söhne: Arbeiter Gustav Eischer, Ed. Wind-
horststr. 12a; Stadtkaufmann Friedrich Schulz, Brandenburg-
straße 19; Schneider Gustav Wiese, Bleichstr. 62; Tischler Wil-
helm Vokernann, Bleichstr. 35; Güterbodenarbeiter Hermann
Fleckenstein, Osnabrückerstr. 87; Postkassierer Heinrich Se-
wing, Friedrichstr. 60; Straßenbahnkassierer Friedrich Kröger,
Siegfriedstr. 3; Arbeiter Johann Beder, Kesselftr. 32; Arbeiter
Wilhelm Schlingmann, Heimweg 4; Arbeiter Otto Kämpfer,
Bürgerweg 77; Landwirt Gustav Wessel, Siegfriedstr. 56;
Zuhrnrecht Wilhelm Reineking, Hallerweg 34; Arbeiter Adolf
Sadowski, Wöhrstr. 6; Arbeiter Friedrich Winkel, Heinrich-
straße 49; Kaufmann Karl Wiegand, Brandenburgstr. 18;
Arbeiter August Sirp, Teutoburgerstr. 36.

Töchter: Bierbrauer Maximilian Weise, Heimweg 11;
Maurer August Echterkamp, Feldstr. 35; Bureauvorsteher
Wilhelm Boddin, Melanchthonstr. 35; Ingenieur Hermann
Pauze, Ellerstr. 36; Zugschläger Karl Richter, Osnabrücker-
straße 67; Eisendreher Wilhelm Kronsheim, Bleichstr. 133;
Anstaltsschreiber Alexander Wunsch, Hohenzollernstr. 10; Schlosser
Emil Baumhölzer, Detmolderstr. 81; Lagergehilfe Wilhelm
Schüttfort, Hohenzollernstr. 10; Arbeiter Wilhelm Lohmann,
Sieferstr. 1; Schmiedemeister Heinrich Wolland, Berth-
straße 136; Zimmermann Franz Schreiber, Kesselftr. 20;
Tischler Alois Kliment, Mühlenstr. 18a; Arbeiter Nikolaus
Verch, Detmolderstr. 155a; Fuhrknecht Wilhelm Levernann,
Bülowsstr. 25; Arbeiter Heinrich Bessel, Spindelftr. 60; Ge-
schäftskassierer Heinrich Hinnenthal, Friedrichstr. 4.

Aufgebote: Fabrikbesitzer Ernst Halbrod, Hillegossen,
und Lina Crüwell, Bergstr. 11; Kaufmann Arnold Wolff,
Oberstein, und Sophie Grebe, Bürgerweg 59; Stahlpuher
Karl Geißler, Sudbradstr. 15, und Frieda Klebe, daselbst; Kauf-
mann August Schürmann, Am Dam 4, und Elise Mühlenweg,
Spindelftr. 78; Bureaubeamter Hermann Hieschold, Essen
a. d. Ruhr, und Martha Borgner, Bürgerweg 87; Fuhrknecht
Heinrich Hanzleben, Kiel, und Margarete Hovestadt, Am
Markt 11; Maler August Schröder, Stadtheiderstr. 74, und
Auguste Grenner, Göttrup.

Eheschließungen: Hilfsweidensteller Gust. Kaszmet
und Emma Sarunski; Kellner Christian Bergling und Lina
Heibredner; Kaufmann Karl Mötcher und Frieda Renke;
Maler Robert Otting und Auguste Wellner; Geschäftsführer
Heinrich Koch und Elisabeth Bistor; Sattler und Tapezierer
Otto Hebold und Ida Stieghorst; Maler Karl Hauch und Wil-
helmine Biermann; Arbeiter Friedrich Ostmann und Johanne
Twissel; Arbeiter August Wind und Anna Ostmann; Schlosser
Julius Dreßen und Anna Hörster; Kaufmann Heinrich Lüse
und Katharine Drmann; Kaufmann Georg Gemper und Char-
lotte Schülzer; Eisendreher Johann Heine und Verta Elbracht.

Sterbefälle: Gemüschhändler Wilhelm Martini, 42 J.;
verw. Bauunternehmer Föder, Henriette Luise geb. Tiemann,
73 J.; Mädchen Weise, 8 Tunde; Elise Siebert, 2 J.; verw.
Tischler Vollmer, Emma geb. Peppmüller, 45 J.; Gastwirt
Gustav Althoff, 29 J.; verw. Schuhmacher Diedmann, Karoline
geb. Vog, 62 J.; Friedrich Wilhelm Schöfermeier, 5 Mon.;
Invalidenrentenempfänger Wilhelm Krause, 30 J.; Anabe
Wiese, 1 Tag; verw. Kaufmann Starke, Karoline geb. Busse,
79 J.; Osenfelder Paul Blande, 39 J.; Gerhard Neefe, 2 J.;
verw. Arbeiter Hoffmann, Henriette geb. Wohlgenut, 89 J.;
Reinhold Neß, 2 J.; Helene Duelle, 9 Mon.; Invalidenrenten-
empfänger Heinrich Göhner, 71 J.; Ehefrau Rentner Strudte-
meier, Friederike geb. Simonsmeier (genannt Nolting), 69 J.;
Laternenwärter Friedrich Honsel, 58 J.; verw. Schmied Kauf-
mann, Karoline geb. Berensmeier, 59 J.; verw. Malermeister
Bonnin, Friederike geb. Cramer, 82 J.; Anabe Weisbal, 3/4
Stunde; Karoline Wilmesmeyer, 42 J.; Invalidenrenten-
empfänger Heinrich Küller, 79 J.; Lehrer außer Dienst Hein-
rich Oldemeyer, 68 Jahre.

Sieker. In der Zeit vom 16. bis 31. Mai sind angemeldet:
Geburten: Söhne: Fabrikarbeiter Heinrich Meyer,
Sieker 282; Fabrikarbeiter Friedrich Ober, Sieker 304; Maurer
Wilhelm Vog, Sieker 189; Fabrikarbeiter Friedrich Heidemann,
Sieker 28; Schleifer Heinrich Mooshaage, Sieker 267.

Töchter: Fabrikarbeiter Wilhelm Erid, Sieker 328; Tief-
bauunternehmer Joseph Bee, Sieker 56; Landwirt Friedrich
Wilhelm Schelp, Sieker 361 (Zwillinge); ferner eine uneheliche
Geburt.

Aufgebote: Fabrikarbeiter Heinrich Bedmann, Biele-
feld, Reirstraße 111, und Fabrikarbeiterin Pauline Knost,
Sieker 351.

Verheiratet: Fabrikarbeiter Ernst Schierembeck, Sieker
44, und Marie Venoit, Bielefeld, Spinnereistraße 7; Eisendreher
Heinrich Schlingmann, Sieker 344, und Anna Otensmann,
Sieker 207.

Gestorben: Karl Niebuhr, Sieker 225, 10 M.
Totgeboren: Ehefrau des Landwirts Friedrich Wilhelm
Schelp, Sieker 361, 1 Mädchen.

Heepen. In der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1909 wurden an-
gemeldet:

Geburten: Söhne: Neubauer Friedrich Rijo, Obentrup
39; Tischlermeister Wilhelm Wilhelm, Heepen 145; Wirt Aug.
Tölke, Altenhagen 32; Sägemüller Friedrich Wansmann, Lü-
braffen 15.

Töchter: Pächter August Nerbo, Brönningshausen 7.

Aufgebote: Landwirt Karl Plagmann und Marie
Hamer, beide Heepen 38.

Sterbefälle: Johanne Auguste Böcker gen. Stenner,
16 Jahre, Brönningshausen 20; Ehefrau Anna Emilie Karoline
Höbster geb. Obermeier, 82 Jahre, Obentrup 51; Ehefrau Anna
Wilhelmine Karoline Heydenreich geb. Sundermann, 41 Jahre,
Heepen 110; Elise Johanne Marie Steinmeyer, 6 Monat,
Obentrup 9; Pauline Emma Schröder, 3 Monat, Obentrup 7;
Mäherin Johanne Karoline Dünning, 23 Jahre, Altenhagen 63;
Witwe Justine Karoline Henke geb. Seymann, 48 Jahre,
Heepen 23; außerdem eine Totgeburt.

Herford Stadt. Nachrichten vom 24. bis 29. Mai

Geburten: Söhne: Versicherungsinspektor Johann
Schneiderreit; Pächter Wilh. Diekmann; Fabrikant Johannes
Senler; Arbeiter Eduard Traeder; Kirchner Karl Scholz;
Bauarbeiter Wilhelm Meyer; Tischler Karl Sorhage; Knecht
August Bobel; Handarbeiter Heint. Graebe; Tischler Gustav
Stranghoner; Registrator Gustav Schulte (Zwill.); Maurer
Heint. Frigge; Tischler Karl Huntebrinker; Bahnarbeiter
Gustav Reitemeyer; Arbeiter Heinrich Wehmeier; Maler
Georg Ströter; Konditor Gustav Heideker; Fabrikarbeiter
Robert Moll.

Töchter: Wäschereibesitzer Friedr. Andre; Arbeiter Friedr.
Heimlich; Kanfist Heint. Wemerhoff; Hausdiener Wilh.
Bläger; Fabrikarbeiter Peter Brüniger; Maurer Wilhelm
Gläser; Registrator Gust. Schulte (Zwill.); Maurer Heint.
Stranghoner; Kaufmann Karl Angene.

Aufgebote: Monteur Paul Georg Commichau und
Albertine Hermine Elisabeth Luise Beck; Schneider Rudolf
Schewer und Emma Fortmann; Tischler Franz Fraz
und Sophie Bedard; Kaufmann Julius Rath und Erna Schönen-
berg.

Eheschließungen: Tischler Gustav König und Jo-
hanne Hifferbäumer; Knecht Heinrich Dufmann und Klara
Hippe; Bahnarbeiter Hermann Vogt und Emilie Kamm;
Tepichweber Hermann Ortigse und Anna Kaiser; Schriftföher
Adolf Dunkel und Emma Chimansky.

Sterbefälle: Witwe Karoline Schweppe, 79 J.;
Lydia Wellhöner, 1 J.; Marie Maria, 3 J.; Witwe Karoline
Steinfel, 69 J.; Herbert Börmann, 2 Mon.; Helene Bäumer,
11 Mon.; Elise Hille, 1 J.; Ehefrau Luise Altemeyer, 65 J.;
ferner 2 Totgeburten.

Kinematographen-Theater zur alten Post.

3114

Programm:

Napoleon.

Die Rolle Napoleon wird von Herrn Charly vom Antoine-Theater in Paris gespielt.

Der Aufstieg zur Macht.

Bonaparte bei der Belagerung von Toulon. November 1793. Arcole. November 1796. Juli 1798 bis Mai 1799. Feldzug nach Aegypten. Die Pyramiden. Bonaparte, erster Konsul (1799). Uebergang über den St. Bernhard. Ein Sommerfest in dem Schlosse von Malmaison. Bonaparte in der Familie (1800).

Napoleons Glanzzeit.

Das Kaiserreich. Die Krönung in Notre-Dame. Austerlitz 1805. Ratisbonne 1809.

II. Teil.

Der Sturz des Adlers. September 1812. Der Brand von Moskau. Rückzug aus Russland.

Länge des Bildes 660 Meter. Aufgenommen von der Firma Pathé frères, Paris. Nicht zu verwechseln mit anderen minderwertigen Aufnahmen.

Vorführung: Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag.

Ferner folgende Bilder: Klippen und Wasserfälle in Cantara (Naturaufnahme). — Ein schöner Traum (tragisch). — Die verwechsellten Handtaschen (humoristisch). — Tragischer Ball (Drama). — Ein Vöglein sang im Lindenbaum (Tonbild). — Postlagernd (humoristisch). — Wenn die Toten erwachen (humoristisch).

Scheibergs
Reste-Lager

Räumungs- Ausverkauf

wegen Vergrößerung meines Verkaufsraumes.

Um meine Waren während des Umbaus
vor Staub und Schmutz zu schützen,
bin ich gezwungen, einen grossen ..

Räumungs-Ausverkauf

zu veranstalten.

Es kommen daher sämtliche vorräthige

Seidenwaren
Kleiderstoffe
Waschstoffe
Musseline
Tuche

Cheviots für Knabenanzüge

Manchester für Knabenanzüge

usw. usw.

zu direkt auffallend billigen Preisen

zum Verkauf.

Der Verkauf zu diesen billigen Preisen

beginnt

heute nachmittag 3 Uhr

3121

Scheibergs

Reste-Lager

1
Treppe
hoch.

1
Treppe
hoch.

21 Bahnhofstrasse 21

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der seltenen Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Voranbezahlung angenommen.

Kaffee.

Mein jahrzehntelang bekannter und beliebter gebr. Plantagenkaffee, pro Pfund 1 Mark, bleibt unübertroffen. Beweis: Das gleichlautende Urteil aller Hausfrauen, sowie der ständig steigende Umsatz. Wer nicht probiert — verliert! Kaufhaus Wirths, Kreuzstrasse Nr. 28, Nebelwall. [2578]

Rocherherde,

weiß und schwarz emailiert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl. Sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, im Klavier- und Harmoniumspiel er- teilt P. v. Sagen, Ellerstrasse 27, l. 2438

Fahrradrahmen

mit Tretelager, Lenker u. Sattelstütze (Dielefelder Fabrikat), ein Jahr Garantie, billig zu verkaufen, Kaiserstrasse 149. [3067]

Brillen,

auch Gläser und Reparaturen. Optiker Dämmig, Ritterstr. 97, neben Oltrogge. [3106]

Anzüge,

zurückgesetzt und gebraucht, von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12 a. [3085]

Unterricht

im Klavier- und Harmoniumspiel erteilt P. v. Sagen, Ellerstrasse 27, l. 3098

Harzläse,

5 Stück 10 Pfg., auch prima Limburger Käse empfiehlt Wiedbrock, Deeper- und Kaiserstr.-Ecke. [2931]

Wäsche,

feine, aller Art wird zum Blättern angenommen Dönerbrüderstrasse 61, l. Eeg. [3027]

Käse 50

feinsten Limburger, auch kleine Bauernkäse, 5 Stück 20 Pfg. Wiedbrock, Deeper- und Kaiserstr.-Ecke. [3119]

Malergehilfen

sucht B. Döberhoff, Brahmewebe, Kaiserstrasse 129 a. 3105

Berläuferin

für Kolonialwaren (Konsum) zu sofort oder 1. Juli gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an S. Zander, Halle i. W., Rangstr. 33. [3108]

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)

Donnerstag, den 3. Juni 1909, Anfang 8 1/2 Uhr: Zum 2. Male!

Flotte Weiber.

Freitag, den 4. Juni 1909,

Komtesse Guckerl.

Stadt. Orchester.

Freitag, den 4. Juni,

abends 8 1/2 Uhr: 3113

13. Abonnements-Konzert der Schützengesellschaft auf dem Johannisberg.

Vorverkaufskarten haben nur für Mitglieder Gültigkeit. An der Kasse 50 Pfennig.



Sind Sie
ergrimmmt?

über die schlechte Beschaffenheit Ihres Rades, so fahren Sie fortan die gediegene Marke

Dürkopp

Hauptvertreter:

C. Brakemeier

Rohrleitstr. 72. Teleph. 874. 2919

Maurer,

mehrere tüchtige, sofort gesucht.

Stundenlohn 55 Pfg. [3115]

Twele, Sieker.

Trauer- Hüte

In größter
Auswahl

zu billigsten
Preisen

F. Kleinmeyer
Bielefeld, Schenckstr.

Grabdenkmäler,

Grabsteinfassungen, in allen Preislagen, am billigsten bei **Wilhelm Ott**, Engersche Strasse 1 2709 und Herforderstrassen-Ecke.

Trauerbriefe mit Konverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Achtung! Lage. Achtung! Lippisch-Westfälische Kraft-Sport-Vereinigung

feiert in

Lage, den 6. Juni, auf dem Schützenplatz ihr

II. Bundes-Sportfest

bestehend in 3107

Gewichtheben, Ringkampf, Musterreiten u. Spezialleistungen.

Beginn des Wettkampfes 8 Uhr morgens.

2 Uhr Festzug durch die Stadt, nach Ankunft auf dem

Festplatz Fortsetzung des Wettkampfes.

Abends 6 Uhr Beginn des **Fest-Balles**.

Zu diesen genussreichen Stunden laden von Stadt und Land ganz

ergebenst ein

Der Fest-Ausschuß.

Sieben erschienen

und in der Buchhandlung „Volkswacht“ zu haben:

1889.

Die erste Erhebung der Bergarbeiter.

Zur Erinnerung an den großen Bergarbeiterstreik vor 20 Jahren

von **Anton Gredendach**.

Preis 20 Pfennig. — Porto nach auswärts 3 Pfennig.

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Gratulationskarten

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine. Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadtheidenschule. 3118

Abonnemen
für Bielefeld und
wie bei sämtlichen
ins Haus gebracht
sich. Durch die
1,80 M. vierteljähr
Bestellge
Einzelnnummer
Erstausgabe
mit Ausnahme der
Feiertage täglich

Fernsprech-Anstalt

Nr. 12

Die heutige

Zur Natur

Ki. Die „Z.
Dernburgischen
Neu-Guinea hat
dessen Zweck sein
tügen. Ein Gla
Kopra. In der
man aus der W
erfährt, aber nu
hat auf Veranla
Neu-Guinea-Kop
dafür an seiner
ver ist, gelinde
und des deutliche
Charakterisierung
angekündigt des
tages auf Einführ
meinen wirtschaft
weise für die V
ausfuhrpolles w
fion auf die befo
Auslande deutsc
Die standalöse
Sozialdemokratie
das Kohlenhandl
der preussische
nicht störten.
notwendigen Ein
entsprechende
zwingen zu kon
tiven wissen and
gleichfalls zu bi
geliefert hat, es
Einkaufe 1906
zahlen, wahren
zahlen mußten.
verfrorenheit,
deutsche Produkt
vom Inlande.
Schandwirtschaft
preise für Brot
wurden, daß die
sen nach dem W
50 und 55 Ma
lassen. Die ag
Ankläger der
Auslande bei
aufzuwickeln. A
tracht, da die
Kohlenausfuhr
ihnen kann da
Reichstag und
kartellierten K
wirtschaftliche
während der K
sam bekannt ist
fumenten abzum
hinaus Lohnre
Hinweis auf d
vorgunehmen.
nis darüber, d
währung billige
gar verschiedent
Sondertarife a
tur werden
langen die K
mit Zug und
des Syndikats
Verwaltung ni
weitere Verbil
zoll im Reiche
in Preußen, d
late entschieden
waltungsangele
Volk nicht den
eine Entscheidung
hindern werden
weisen. Sind
Ausfuhrzoll d
Schiffahrtsgese
vergütet, entfi
eine Entschädig
stalt von verb
bringen, sie w
Entschädigung

Die Entsch
soll im Bundes
diesem Lage
staaten in Be
daß ihre Besch
Wilhelm I
sammen unter
Tage lang in